BACHELORARBEIT

Zur Erlangung des akademischen Grades

Bachelor of Arts

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Philosophische Fakultät II

Institut für Romanistik

Frankreich und der Ausnahmezustand – eine Analyse der Debatte um das Gesetz des „État d'urgence" in den französischen Printmedien

---

Eingereicht von: Franziska Treder
Viktor-Scheffel Straße 1
06114 Halle (Saale)
franziska.treder@student.uni-halle.de
10.November 2016
Matrikelnummer: 212224911
Studiengang: Interkulturelle Europa- und Amerikastudien / Wirtschaftswissenschaft (120/60)
Erstgutachterin: Marie-Therese Mäder, M.A.
Zweitgutachterin: Susanne Fülle-Delbarre, Dipl.- Lehrerin

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 1

I. THEORETISCHE GRUNDLAGEN: DAS GESETZ DES AUSNAHMEZUSTANDES IN FRANKREICH 3

1. Historische und gesellschaftliche Hintergründe 3

2. Der Ausnahmezustand seit 2015 8

3. Ein kritischer Blick auf die Debatte 11

II. EMPIRISCHER TEIL: DISKURSANALYTISCHE UNTERSUCHUNG DER DEBATTE ÜBER DAS GESETZ DES „ETAT D'URGENCE" IN DEN FRANZÖSISCHEN PRINTMEDIEN 14

1. Zur Methode: Die kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger 14

1.1 Zielsetzung und Fragestellung 17

1.2 Auswahl des Materialkorpus 18

1.3 Bezug zum diskursiven Kontext 21

2. Ergebnisse der Strukturanalyse 22

2.1 „Redéfinir l'état d'urgence?": Die Debatte über die Einführung des Notstandsgesetzes in die französische Verfassung 23

2.1.1 Le Figaro 23

2.1.2 Le Monde 27

2.2 „La déchéance de la nationalité"- Der Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft 31

2.2.1 Le Figaro 31

2.2.2 Le Monde 33

3. Ergebnisse der Feinanalyse 35

3.1 Le Figaro: „La guerre continue" 36

3.2 Le Monde: „Sortir de l'urgence" 39

4. Auswertung 43

5. Fazit 45

6. Literaturverzeichnis 49

Anhang

Selbstständigkeitserklärung

Einleitung

Paris, 13. November 2015.

Die grauenvollen Attentate kosteten in dieser Nacht 129 Menschen ihr Leben. Über 300 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Der Präsident François Hollande rief wenige Stunden später den nationalen Notstand aus. Dieser dunkle Novembertag schrieb Geschichte und schreibt sie noch immer. Der Begriff „Etat d'urgence", der sogenannte Ausnahmezustand oder Notstand, ist in aller Munde. Er begleitet die französische Republik und scheint sie nicht mehr loszulassen. Mit jeder Verlängerung rückt das Ende in weite Ferne.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus werden ausgebaut, Gesetze werden aktualisiert und Sicherheitsmaßnahmen eingeführt. Das Wohl des französischen Volkes steht an oberster Stelle. Der Diskurs über die Notstandsgesetzgebung hat eine weitreichende Geschichte. Während des Algerienkrieges (1954-1962) wurde der „État d'urgence" das erste Mal ausgerufen.

Nach der Verkündigung des Notstandes von Präsident François Hollande in der Nacht vom 13 auf den 14. November 2015 befand sich Frankreich im Schockzustand. Der Angriff auf die allgemeine Bevölkerung, auf die Freiheit und die Lebenslust der Pariser legte sich wie ein Schatten über das Land. Eine Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstitut *Institut français d'opinion publique* (IFOP) zeigte, dass 98% der befragten Personen die Gefahr durch den Terrorismus als „erhöht" und 68% als „sehr erhöht" einschätzten. 44 % sagten aus, dass sich ihr tägliches Leben von nun an ändern wird. 84% aller Befragten sind bereit, die verstärkten Kontrollen und Einschränkungen der Freiheiten zu Gunsten der Sicherheitsmaßnahmen zu akzeptieren (vgl. IFOP 2015: 5-10). Statistiken, aus denen Angst und Unsicherheit sprechen. Dieses Sicherheitsbedürfnis wurde von Seiten der Regierung aufgegriffen. Der Notstand wurde am 20. November 2015 um weitere drei Monate verlängert.

Im selben Atemzug kam die Debatte über die Einführung der Notstandsgesetzgebung in die französische Verfassung auf. Debattiert wurde dabei im französischen Parlament und in den Medien. Begleitet wurde die Debatte von einem zweiten Themenkomplex: der Debatte über den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft. Der Präsident François Hollande griff damit in Angesicht der Gefahr zu drastischen Forderungen, die ursprünglich als Vorschlag der rechtsextremen Partei Front National (FN) bekannt waren.

In der vorliegenden Arbeit geht es um die Frage, wie diese beiden Debatten zusammenhängen und welche Machtwirkung ihr Zusammentreffen ausübt. Eine Analyse der französischen Printmedien stellt das Mittel dar, mit dem Themen, Meinungen und Aussagen

der beiden Debatten aufgegriffen und auf ihr Wirkungspotential geprüft werden. Dabei soll auch untersucht werden, welche politischen Tendenzen in den Printmedien zu Tage treten.

Im ersten Teil der Arbeit sollen die gesellschaftlichen und historischen Hintergründe des „Etat d'urgence" aufgezeigt werden. Dem Leser soll ein erster Einblick in die Thematik und ein geschichtlicher Rückblick ermöglicht werden. Daran schließt sich die Erläuterung des Ausnahmezustandes von 2015 an. Hierbei liegt der Fokus auf der in Kraft getretenen Gesetzesverordnung und der durchgeführten Veränderung. Im letzten Abschnitt wird dem Leser ein kritischer Blick auf das Notstandsgesetz und auf die aktuellen politischen Zustände in Frankreich gegeben Dabei spielt der Vorschlag des Präsidenten, die doppelte Staatsbürgerschaft bei in Frankreich geborenen Franzosen zu entziehen eine tragende Rolle. Textliche Grundlagen des theoretischen Teils dieser Arbeit, die sich mit dem Notstandsgesetz und dem Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft beschäftigen, bilden unter anderem die wissenschaftlichen Arbeiten von Fabian Klose, Sylvie Thénault, Mohammed Harbi und Patrick Weil.

Im zweiten Teil und Kern dieser Arbeit erfolgt eine kritische Diskursanalyse der Debatte um das Gesetzt des „Etat d'urgence" in Anlehnung an den deutschen Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger. Mit Hilfe dieser Methode sollen die Wirkungsmechanismen des Diskurses dargestellt werden. Für die Untersuchung wurden zwei überregionalen Tageszeitungen, *Le Monde* und *Le Figaro*, ausgewählt, um die massenhafte Verbreitung des Diskurses nachempfinden zu können. Dabei spielen die Printmedien und vor allem Tageszeitungen eine große Rolle. Ihnen obliegen die Aufgabe und auch die Pflicht über aktuelle Themen zu informieren und aufzuklären. Da sie durch ihre Berichterstattung die Wahrnehmung und Rezeption der Leser beeinflussen, tragen sie auch dazu bei, Bilder, Meinungen und Stereotypen zu verstärken.

Die in dieser Arbeit durchgeführte Diskursuntersuchung hat zum Ziel mögliche Verschränkungen oder Überschneidungen der beiden Themenkomplexe *Etat d'urgence* und *Déchéance de la nationalité* aufzudecken und zu analysieren. Dabei sollen die Tendenzen, Aussagen und Inhalte festgestellt werden, die sich etablieren können und der Debatte eine Richtung geben. Hierbei soll aufgezeigt werden, inwiefern es gegenläufige oder aber auch zustimmende Tendenzen zur aktuellen Regierungspolitik gibt und wie sich dies auf das Meinungsbild der Bevölkerung auswirken könnte. Es wird dabei vermutet, dass *Le Monde*, aufgrund der links-liberalen Orientierung der Tageszeitung, der Debatte ablehnend und negativ gegenübersteht. *Le Figaro,* wertkonservatives Printmedium, steht der Debatte vermutlich positiv gegenüber.

I. THEORETISCHE GRUNDLAGEN: DAS GESETZ DES AUSNAHMEZUSTANDES IN FRANKREICH

Der Ausnahmezustand, genannt „Etat d'urgence", beschreibt eine Form der Regierung, die der Exekutive eines Staates eine herausragende Rolle zuteilt. Diese Form wird nur unter außergewöhnlichen Umständen ins Leben gerufen und per Dekret auf eine Dauer limitiert, bis ein entsprechendes Gesetz an dessen Stelle tritt. Ein Bericht des französischen Parlaments, veröffentlicht am 19. November 2015, erläutert diese Möglichkeit folgendermaßen: „Le droit français prévoit la possibilité d'attribuer au pouvoir exécutif des pouvoir renforcés pour faire face à des situation exceptionnelles." (Urovas 2015: 1).

In den folgenden Kapiteln soll erläutert werden, in welchem Kontext der Ausnahmezustand ausgerufen wurde und welche historischen und gesellschaftlichen Umstände dabei eine Rolle spielten. Anschließend wird erklärt in welcher Form der „Etat d'urgence" in der heutigen Zeit angewendet wurde und welche Reaktionen die Gesetzgebung auslöste.

1. Historische und gesellschaftliche Hintergründe

Am 3. April 1955 rief die französische Regierung den Ausnahmezustand in Algerien aus. Dies geschah als Reaktion einer Zuspitzung der Konflikte in den nordafrikanischen Departements. Das darauffolgende Notstandsgesetz geht auf eine Initiative des französischen Generalstabs zurück und sollte einen Mittelweg zwischen Belagerungs- und Normalzustand darstellen. Erklärtes Ziel des Gesetzes von 1955 war die Wahrung der republikanischen Tradition und die Wiederherstellung der innenpolitischen und außenpolitischen Ordnung (vgl. Klose 2009: 128).

Algerien blickt auf eine weitreichende koloniale Geschichte zurück. Als Ausgangspunkt der französisch-algerischen Geschichte kann die Militärexpedition von General Thomas-Robert Bugeaud im Jahr 1830 betrachtet werden. Darauf folgte eine grausame Eroberungspolitik, die den Charakter eines Vernichtungsfeldzugs trug. Damit sollte der algerischen Bevölkerung der Genuss und die Vernunft der französischen Zivilisation näher gebracht werden. Die darauf folgende Besiedlungspolitik stärkte die französische Vorherrschaft und spaltet die Bevölkerung in *colons,* die privilegierten weißen französischen Siedler und *pieds noirs*, die algerische Bevölkerung. Mit dem „Dekret zur politischen Ordnung Algeriens" im Oktober 1871 wurde das Land offiziell als integraler Bestandteil Frankreichs anerkannt. Da der algerischen Bevölkerung Mitbestimmungs- und Bürgerrechte abgesprochen wurden, hatte

sich die Kluft zwischen den privilegierten Siedlern und der algerischen Bevölkerung zusätzlich erweitert. Der *code de l'indigénat*, das Eingeborenenstrafrecht, wurde als Kontrollinstrument eingeführt und galt als Symbol für die französische Fremdherrschaft. Die daraus resultierende algerische Zwei-Klassen- Gesellschaft entwickelte sich zu einem ständigen potentiellen Konfliktherd und mündete schlussendlich in der Entstehung von nationalistischen Strömungen, die für die Unabhängigkeit Algeriens kämpften (vgl. Klose 2009: 99-101).

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen des Landes kam es zu tiefgreifenden Problemen. Das rasche Bevölkerungswachstum der algerischen Bevölkerung von fünf Millionen 1926 auf ca. acht Millionen 1954 führte zu Hungersnöten und Versorgungsengpässen. Dies wurde durch eine Umverteilung der Anbaufläche ausgelöst (vgl. Clayton: 108). Die Umverteilung der Anbaufläche zugunsten der zugezogenen französischen Siedler löste Unzufriedenheit und Unverständnis seitens der algerischen Bevölkerung aus. Die wirtschaftliche und soziale Stagnation wirkte ebenfalls lähmend auf die politischen Verhältnisse. Die neue „brüderliche Republik" wurde zu einem leeren Versprechen und das Misstrauen der algerischen Bevölkerung wuchs daraufhin ins Unermessliche (vgl. Klose 2009: 104).

Diese Umstände resultierten in einer Radikalisierung der algerischen Nationalisten, die ihre Ziele mit Hilfe von militärischen Mitteln durchsetzen wollten. Unter ihnen war im April 1954 die Widerstandsbewegung Comité Révolutionnaire aus der sich im Oktober 1954 die Front de Libération nationale (FLN) entwickelt hat. Die FLN setze sich größtenteils aus bewaffneten Aktivisten zusammen. Der Historiker Mohammed Harbi beschrieb die Vereinigung als „constellation d'appareils fonctionnels décentralisés, agissant sans référence à une stratégie commune" (1980: 172). Eine gewaltsame Revolution gegen die Besatzungsmacht Frankreich wurde zum erklärten Ziel der Befreiungsfront. Nach dem Sieg der Unabhänigkeitsbewegung in Vietnam im Jahr 1954 galt Frankreich ohnehin als geschwächt. Diese Möglichkeit zur eigenen Unabhängigkeit wollten die algerischen Widerstandskämpfer nutzen (vgl. Klose 2009: 105).

Mit dem Überfall auf die Buslinie Biskara-Batna und dem Angriff der FLN auf die Gendamerie-Station T'kout begann am 1. November 1954 der Algerienkrieg. Eine Reihe von Anschlägen und Attentaten vor allem im Gebiet des Aurès-Gebirges läuteten den Befreiungskampf ein. Die Unabhängigkeit Algeriens sollte durch die innenpolitische Liquidierung des Kolonialsystems und die außenpolitische Internalisierung der Algerienfrage erlangt werden. Dass Algerien eine besondere strategische Bedeutung für Paris hatte, machte

sich besonders durch den großen militärischen Einsatz Frankreichs zur Eindämmung der algerischen Proteste bemerkbar (ebd.: 105-107).

Der bewaffnete Arm der FLN, genannt Armée de Libération Nationale (ALN), versetzte die Bevölkerung mittels ihrer Guerillataktiken in Angst und Schrecken. Die französische Armee ging zunächst von einem regional begrenzten Aufstand aus, der sich nur auf die Region des Aurès-Gebirges beschränkte. Der damalige französische Innenminister, François Mitterand, sagte, dass es sich lediglich um kleinere Ereignisse handelt, die es schnell mit Hilfe der örtlichen Polizei zu regeln galt (vgl. zit. n. Thénault 2007: 5) Der Verlust Algeriens kam aus Sicht Frankreichs nicht in Frage. Im April 1955 wurde als Reaktion auf die nicht zu bändigenden Aufstände und Attentate der Ausnahmezustand ausgerufen. Der französische Staat war mit der Vielzahl und Häufigkeit der Aufstände in Algerien schlichtweg überfordert (vgl. Thénault 2007: 5).

Das Notstandsgesetz von 1955 wurde unter der Prämisse entwickelt, dass die gegebenen rechtlichen Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung unzureichend waren. Da die Verfassung der 4. Republik keine Notstandsregelung vorsah, war die Regierung auf eine legislative Neuanschaffung angewiesen (vgl. Klose: 124). Das Einschreiten seitens des Militärs und die strafrechtlichen Verfolgungen des Innenministeriums reichten nicht aus, um die Situationen zu beruhigen. Kriminelle Netzwerk sollte enthüllt werden, Attentate und Anschläge verhindert und die Drahtzieher der FLN zur Rechenschaft gezogen werden. Dazu dienten polizeiliche Kontrollen, Hausdurchsuchungen und Verhöre, die eine Vereinfachung der Kontrolle des öffentlichen und privaten Lebens ermöglichen sollten. Die Macht der Regierungsgewalt wurde auf alle Lebensbereiche ausgedehnt. Sylvie Thénault kommentiert die damalige Situation wie folgt : „L'état d'urgence, avec son cortège de mesures permettant de contrôler l'espace, les idées, les individus, est alors crée pour répondre á la spécificité de cette situation." (Thénault 2007: 7).[1]

Die Schwierigkeit des Gesetzesentwurfes bestand darin, dass der Ausnahmezustand nicht nur auf algerischem Staatsgebiet verhängt werden konnte. Die Frage, wie Algerien dem Ausnahmezustand unterstellt werden konnte, ohne das Departement gesondert von Frankreich zu behandeln oder gar zu diskriminieren, wurde in Artikel 1 des Notstandgesetzes festgeschrieben. Dieser bekräftigt die Aussage, dass der Notstand in Frankreich, sowie in

[1] „Der Ausnahmezustand, mit seinem Gefolge an Maßnahmen, erlaubte es den Raum, die Ideen und die Individuen zu kontrollieren und damit auf die Besonderheit dieser Situation zu antworten."

allen frankophonen Gebieten partiell und/oder als allgemein gültig ausgerufen werden kann.[2] Das Notstandsgesetz konnte nur in Kraft treten, wenn eine Gefahr die öffentliche Ordnung bedroht oder ein Ereignis, das in seiner Natur und Schwere einer öffentlichen Katastrophe gleich kommt. Dieser Zustand kann nur mit Hilfe eines Gesetzes verlängert werden, das vom Ministerrat abgesegnet und aus einem Bericht des Innenministers als Notwendigkeit erachtet wurde. Die Dauer kann daraufhin je nach Ermessen bestimmt werden. In dem Moment, in dem sich die Nationalversammlung auflösen sollte, wird auch das Gesetz für hinfällig erklärt.

Dem jeweiligen Präfekt des in Artikel 2 festgelegten Gebietes steht es frei, unter entsprechenden Umständen die Zirkulation von Personen und Verkehrsmitteln zu festgelegten Uhrzeiten zu verbieten und Sicherheitszonen zu errichten (Artikel 5). Personen, die durch ihre Aktivitäten die öffentliche Ordnung gefährden, können nach Artikel 6 durch den regierenden Innenminister (oder in Algerien durch den Generalgouverneur) unter Arrest gestellt werden. Artikel 7 des Gesetzes führt die Möglichkeit auf, gegen die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen aus Artikel 5 und 6 vorzugehen. Außerdem steht es dem Innenminister frei auf dem festgelegten Gebiet die Schließung von Versammlungs-, Kultur- und Vergnügungsstätten anzuordnen (Artikel 8). Versammlungen provokativer Natur, die aus Sicht der Regierung die öffentliche Ordnung gefährden und zu Unruhen führen, können ebenfalls verboten werden. Artikel 10 des Gesetzes beruft sich bezüglich der Anwendungen der einzelnen Artikel des Notstandgesetzes auf das Gesetz vom 11. Juli 1938. Dieses bestimmt die Organisation Frankreichs in Zeiten eines Krieges. Des Weiteren beinhalten die 11 und 12 Artikel der Notstandsgesetzgebung, dass Hausdurchsuchungen bei Tag und Nacht durchgeführt werden können. Die algerische Presse, Publikationen und Radiosendungen werden vom französischen Staat kontrolliert und notfalls zensiert. Ein Verstoß gegen die in den Artikel angeführten Maßnahmen konnte mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Monaten oder mit einer Geldstrafe zwischen 5 000 und 20 000 F bestraft werden. Jegliche Maßnahmen, die durch das Gesetz bestimmt sind, enden mit der Auflösung des Notstandes (vgl. Loi n°55-385 3.April 1955: Artikel 1-16).

Auf die Ausrufung des Ausnahmezustands folgten die *ratissage*, die sogenannten Säuberungsoperation des französischen Militärs. Hierbei wurden ganze Städte bombardiert und niedergebrannt. Die aus dem Ausnahmezustand resultierenden Maßnahmen stießen auch in den eigenen Reihen der französischen Armee auf kritische Reaktionen. Der damalige

[2] La loi n° 55- Artikel 1 „L'état d'urgence peut être déclaré sur tout ou partie du territoire métropolitain, de l'Algérie ou des départements d'outre-mer, soit en cas de péril imminent résultant de graves atteintes à l'ordre public, soit en cas d'événements présentant, par leur nature et leur gravité, un caractère de calamité publique."

amtierende französische Generalgouverneur Jacques Soustelle sprach von einem Vorschlaghammer den man benutzen würde, um gegen die Aufstände vorzugehen. Außerdem kommentierte er die weitreichenden Folge der militärischen Maßnahmen folgendermaßen: „ [...] es ermutigt die Jungen und manchmal die Älteren, sich den Partisanen anzuschließen“ (zit. n. Klose 2009: 107). Schlussendlich hatte die brutale Vorgehensweise und Umsetzung der Notstandsgesetzgebung langfristig die Auswirkung, dass sich die Aufstände vervielfachten.

Artikel 6 des Ausnahmezustands sah die *assignation à résidence* vor, einen gesetzlich geregelten Hausarrest. Den Behörden wurde damit die Befugnis erteilt, Personen unter Arrest zu stellen, die eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellten. In dem besagten Artikel wurde explizit erwähnt, dass dies nicht zu einer Bildung von Internierungslagern führen darf.[3] Kritische Stimmen, besonders von sozialistischen und kommunistischen Abgeordneten, machten jedoch schnell darauf aufmerksam, dass dieser Teil des Gesetzes Erinnerung an das Vichy-Regime hervorrief. (vgl. Klose 2009: 129).

Alice Sportisse, gebürtige Algerierin und zu diesem Zeitpunkt seit zehn Jahren Abgeordnete im französischen Parlament, positionierte sich im März 1955 vor der französischen Nationalversammlung gegen das Notstandsgesetz. Sportisse klagte die französische Regierung an, den Ausnahmezustand nur als Vorwand ins Leben gerufen zu haben, um eine Armee gegen das algerische Volk zu erschaffen. Sie war der festen Überzeugung, dass die Armee französische und algerische Aufstände verhindern sollte. Durch das Verbot der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit wurden die freiheitlichen demokratischen Grundwerte der Republik eingeschränkt (zit. n. Thénault 2007: 15).

Aus der Perspektive der Medien gab es vereinzelt kritische Stimmen gegen das Notstandsgesetz. André Cheneboit, damaliger Chefredakteur von *Le Monde,* machte am 24. März 1955 auf der Titelseite der damaligen Ausgabe auf den außergewöhnlichen Charakter des Gesetzes aufmerksam. Mit dem Ausspruch: „Si l’on ne braque pas un canon pour écraser une mouche“ spielte er auf den übertriebenen Charakter der Notstandsgesetzgebung an. Außerdem stellte er die rhetorische Frage, was die Regierung mit einem Gesetz dieser Art in anderen Situationen und Zeiten in Frankreich bezwecken könnte (zit. n. Thénault 2007: 16).

Dass der Ausnahmezustandes nicht nur in Algerien Anklang finden würde, bewies die Ausrufung 1958 und 1961 in Paris für das Hexagon. Das algerische Militär nutzte in dieser Zeit seine Sondervollmachstellung, um gegen die Existenz der französischen Republik

[3] Loi ° 55-385 3. April 1955; Artikel 6: „En aucun cas, l’assignation à résidence ne pourra avoir pour effet la création de camps où seraient détenues les personnes visées à l’alinéa précédent.“

vorzugehen. 1985 wurde der Ausnahmezustand aufgrund einer Geiselnahme in Nouvelle-Calédonie ausgerufen. Des Weiteren kam es zu Anwendungen 1985-1986 in den französischen Überseegebieten und 2005 während der Unruhen in den französischen Vorstädten (vgl. Urovas 2015: 5). Niemand hat geahnt, dass es nur zehn Jahre später wieder zu einem Ausnahmezustand kommen würde.

2. Der Ausnahmezustand seit 2015

Aufgrund der dramatischen Ereignisse des 13. November 2015 in Paris wurde kurze Zeit später durch François Hollande der Ausnahmezustand ausgerufen. In dieser Nacht wurde die französische Hauptstadt von einer Reihe von Attentaten heimgesucht, die über 100 Menschen das Leben kosteten und 352 Menschen verletzten. Die Attentate ereigneten sich während eines Rockkonzertes im Bataclan-Theater sowie im Zuge des deutsch-französischen Fußball-Spiels im Stade de France und in mehreren Restaurants und Cafés in der Pariser Innenstadt. Die Terrororganisation Islamischer Staat bekannte sich kurze Zeit später zu den Anschlägen.

Dies waren im Jahr 2015 nicht die ersten terroristischen Anschläge, die Frankreich heimsuchten. Am 7. Januar 2015 wurde ein Anschlag auf die Redaktion der Satire Zeitung Charlie Hebdo verübt. Der Chefredakteur Stéphane Charbonnier und seine Kollegen Georges Wolinski, Jean Cabut und Bernard Verlhac wurden dabei getötet. Der Präsident François Hollande sprach von einem „Schock für Frankreich“ und rief zur „Einheit der Nation“ auf (Wiegel 2015: 1). Kurze Zeit später wurde innerhalb einer Krisensitzung des französischen Kabinetts die höchste Sicherheitsstufe für den Großraum Paris beschlossen. Nur zwei Tage später kam es zu einer Geiselnahme in der Nähe des Pariser Flughafen Charles de Gaulles. Parallel dazu wurde ein Anschlag auf einen jüdischen Supermarkt an der Porte de Vincennes verübt. Schon seit Anfang des Jahres herrschte in Frankreich ein Klima der Angst und der Unsicherheit.

In der Nacht der Attentate vom 13. November 2015 erklärte Präsident Hollande vor laufender Kamera, dass Frankreich alle Kräfte mobilisieren wird, um die Terroristen zu bekämpfen und die Sicherheit Frankreichs wiederherzustellen werde. Mit Hilfe eines verstärkten militärischen Einsatzes sollte die öffentliche Ordnung gesichert werden.

Im selben Atemzug erklärte Präsident Hollande:

> „Deux décision seront prises: l'état d'urgence sera décrété, ce qui veut dire que certains lieux seront fermés; la circulation pourra être interdite ; et il y aura également des perquisitions […]. L'état d'urgence sera proclamé sur l'ensemble du territoire. La seconde décision que j'ai prise, c'est la fermeture des frontières." (Hollande (2015) o.S.).

Mit dieser Kundgebung erfolgte die Ausrufung des Ausnahmezustandes. Die Schließungen der Landesgrenzen, das Verbot des Verkehrs in festgelegten Stadtteilen und die Durchführungen von Hausdurchsuchungen waren die ersten Maßnahmen innerhalb des ausgerufenen Notstandes. Dadurch sollten weitere Attentate verhindert und die Täter schnellstmöglich gefunden werden.

> „ [...] une Nation, qui sait défendre, qui sait mobiliser ses forces et qui une fois encore saura vaincre les terroristes. [...] Je vous demande de garder ici tout votre confiance dans ce que nous pouvons faire avec les forces de sécurité pour préserver notre Nation des actes terroristes." (Hollande, François (2015) o.S.).

Im weiteren Verlauf der Rede betont der Präsident Hollande, dass der Regierung bewusst sei, wer die Täter sind und wer zur Rechenschaft gezogen werden muss. Neben der Bekundung seines tiefstes Mitgefühls und dem Aufruf zur Solidarität mit den Opfern sprach er ebenfalls von der starken Nation Frankreich, die sich geschlossen und mit Zusammenhalt gegen die Täter wehren kann. Er beschwor nahezu die französische „Unité nationale".

Am 19. November 2015 veröffentlichte das französische Parlament einen Bericht über den kurz zuvor ausgerufenen Notstand. In ihm erklärt der Abgeordnete Jean-Jacques Urovas, aus welchen Beweggründen sich das Land im Ausnahmezustand befindet und welche Reaktionen die Regierung ergreifen wird (I). Der Bericht spricht ebenfalls über die Zukunft der französischen Nation. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen gelegt, sowie auf deren Finanzierung (II). Im dritten Kapitel folgt eine Erläuterung der historischen Hintergründe des „Etat d'urgence" (III). Im vierten und letzten Kapitel werden die Konsequenzen und Anpassungen des Gesetzes beschrieben (IV). Der Bericht wurde zur Aufklärung der Bevölkerung veröffentlicht. Außerdem schafft er Transparenz bezüglich der von der Regierung ergriffenen Maßnahmen. Der Ausnahmezustand wurde das juristische Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus. Dabei sollen die geltenden Regeln des Rechts- und Freiheitsstaates jedoch nicht angegriffen werden.

Es ist gesetzlich verankert, dass die Verlängerung des Ausnahmezustandes nur durch ein entsprechendes Gesetz bewilligt werden kann. Der Regierungsbericht erachtete die Attentate im November 2015 in Paris als gerechtfertigt, den Ausnahmezustand nach Ablauf der 12-tägigen Frist um weitere drei Monate zu verlängern. Damit stellte sich die Regierung im

selben Atemzug der Herausforderung das Notstandsgesetz von 1955 mittels Modernisierungen einzelner Artikel an die aktuelle Lage anzupassen.

Das Dekret n°2015-1476 trat am 14. November 2015 in Kraft. Es beinhaltet die Artikel 5, 6, 8, 9, und 1° des Artikels 11 des Notstandsgesetzes. Dieser Beschluss besagt, dass die Maßnahmen auf dem Gebiet des metropolitanen Frankreich und auf dem Gebiet der Region Ile-de-France angewendet werden. Am darauffolgenden Tag wurde das Dekret geändert. Es erhielt die Nummer n°2015-1478 und galt nun auf dem gesamten metropolitanen Gebiet und auf Korsika.

Im Vergleich zu dem Gesetz aus dem Jahr 1955 ergaben sich folgende Änderungen: Das Dekret n° 2015-1478 sieht ausdrücklich vor, dass Hausdurchsuchungen sowohl bei Tag als auch bei Nacht durch die zuständige Verwaltungsbehörde auf dem gesamten metropolitanen Gebiet und Korsika angeordnet werden können. Des Weiteren führt der Verstoß gegen die angeordneten Maßnahmen zu strafrechtlichen Sanktionen. Diese können sich von zwei Monaten Freiheitsentzug bis zu einer Geldstrafe von 3750 € erstrecken. Nicht angewendet wird Nummer 2 des 11. Artikels. Dieser besagt, dass es Kontrollen der Presse und des Rundfunks gibt, sowie von Filmvorführungen und künstlerischen Darbietungen. Außerdem wird der Artikel Nummer 12 nicht angewandt. Dieser beinhaltet, dass Straftaten im Notfall von einer Militärjustiz verurteilt werden könnten (vgl. Urovas 2015 : 11- 13).

Der am 14. November 2015 beschlossene Ausnahmezustand endete am 25. November. Eine Woche vor Ende beschloss die Regierung, dass es ein Gesetz die Stelle des Dekretes tritt und den Ausnahmezustand verlängert. Am 26. November 2016 trat daraufhin das Gesetz n°2015-1501 in Kraft. Hierbei wurden mehrere Maßnahmen modernisiert. Die Grundlagen wurden aus einem Beschluss über das Notstandsgesetz 2005 (n°2005- 1386) übernommen. Dieser Beschluss beinhaltet die festgelegte Dauer von drei Monaten, sowie die Präzisierung der Durchführungen von Hausdurchsuchungen. Außerdem kann der Ausnahmezustand durch ein Dekret des Ministerrates beendet werden. In Artikel 4 wurde festgelegt, dass das Gesetz zur Überwachung potenziell gefährlicher Personen an den aktuellen technologischen Stand angepasst wird. Dies betrifft in erster Linie die Kontrolle und Vollstreckung des Hausarrestes. Die in Artikel 6 festgelegte Dauer des Arrests kann ebenfalls variieren. Die Möglichkeit, dass die zu überwachende Person verpflichtet ist, sich bis zu drei Mal täglich bei der zuständigen Polizeistelle zu melden, würde eingeräumt (vgl. Urovas 2015: 17-20).

Seit November 2015 wurde das Gesetz drei Mal verlängert. Die letzte Verlängerung endet im Januar 2017.

3. Ein kritischer Blick auf die Debatte

2011 verfasst die Journalistin Nathalie Sarthou-Lajus in der Zeitschrift „Études“ einen Artikel mit der Überschrift „Les politiques face à l’état d’urgence“. In diesem Artikel kritisierte sie den zum damaligen Zeitpunkt viel verwendeten Begriff „Notstand“ in Frankreich. Sarthou-Lajus stellt die Frage: „Ne pouvons-nous vivre que sur le mode d’une crise de plus en plus normalisée dans une époque urgentisée à l’extrême?“ (2011: 1). Der Begriff wird ihrer Meinung nach in verschiedenen Lebensbereichen angewendet, damit die französische Bevölkerung auf eine Krise aufmerksam gemacht wird. Jedoch ist er nicht in jeder Situation gerechtfertigt und sollte mit Vorsicht zu gebrauchen sein. Außerdem spricht sie sich gegen eine Verlängerung im Falle eines Notstandes aus, da dieser sonst zu einem Dauerzustand werden würde (vgl. Sarthou-Lajus 2011: 3).

Im Zuge der Debatte von November 2015 bis März 2016 um die Verlängerung des Ausnahmezustandes wurden vereinzelt kritische Stimmen laut. Die Zeitschrift „Esprit“ veröffentlichte im Februar 2016 einen Leitartikel mit dem Titel „Vers un état d’urgence permanent?“.

> „Mais parviendra-t-on réellement à en sortir, quand cette urgence a été provoquée par l’action de réseaux terroristes dont personne ne se risquerait, pas même le très martial Manuel Valls, à affirmer qu’ils peuvent être mis définitivement hors d’état de nuire?“ (Editions Esprit 2016: 2).

In diesem Zitat wird das Dilemma angesprochen, dass ein Ende des Ausnahmezustandes nicht möglich sein kann. Das Problem hinsichtlich des globalen Terrorismus kann nicht kurzfristig gelöst werden. Dies ist ein langfristiges politisches Ziel. Kein Politiker wird sich anmaßen zu behaupten, dass der Notstand nicht mehr nötig sei. Damit wird ausgesagt dass es an der Zeit ist, eine langfristige Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus zu entwickeln (vgl. Editions Esprit 2016: 5). Wolf Jöckel spricht in dem Journal „Knoten“ des Carolus-Magnus-Kreises von der Bedeutung des Ausnahmezustandes für Frankreich und die Welt.

> „Die Anschläge des 13. November haben Frankreich im Mark getroffen. Und das in viel radikalerem Maß als die Anschläge vom Januar des Jahres. [...] Diesmal wird ganz generell die französische und speziell die Pariserische Lebensart als Anschlagziel gesehen.“(Jöckel 2015: 28).

Jöckel spricht von einem Anschlag auf die Lebensfreue und die Freiheit der Menschen. Die Bedeutung reicht damit weit über Paris und Frankreich hinaus. Die Attentate sind als ein Anschlag auf eine Lebensweise zu betrachten, die in Paris genauso vorherrscht wie in anderen Großstädten dieser Welt. Damit wollten die Terroristen die „Internationale der Lebensfreude“ durch eine „Internationale des Terrors“ (Jöckel 2015: 27) ersetzen. Es ist als Attentat auf die

gesamte Bevölkerung zu betrachten und richtete sich nicht an eine bestimmte Gruppe an Menschen (vgl. ebd.: 27).

Ein Klima der Betroffenheit und Angst innerhalb der französischen Bevölkerung stärkte den Wunsch nach Sicherheitsvorkehrungen. Jean-Jacques Gandini berichtete in „Le Monde Diplomatique“ im November 2015, dass sich über 80% der bei einer Umfrage interviewten Personen im Pariser-Großraum für eine Verstärkungen der Sicherheitsmaßnahmen aussprachen (vgl. Gandini 2015, S.12). Diese Angst wurde in einer martialischen Rede des Präsidenten François Hollande am 16. November 2015 vor dem französischen Kongress aufgegriffen. Der Präsident bediente sich innerhalb seiner Rede der Terminologie des Krieges. Der Ausspruch „La France est en guerre“ wurde daraufhin vielfach von den französischen Medien aufgegriffen (u.a. von Le Monde, Le Figaro, La Belle Epoque, Valeurs Actuelles, Nouvel Observateur). Premierminister Manuel Valls überbot den Diskurs des Präsidenten, indem er vor der „Gefahr des Einsatzes chemischer und biologischer Waffen durch islamische Terroristen warnte“ (Jöckel 2015: 28). Die Regierung sah Frankreich im Kriegszustand. Obwohl Sicherheitsvorkehrungen in einem Fall akuter Gefahr als durchaus sinnvoll erscheinen, kritisierte Jöckel das Vorgehen der Regierung. Er spricht von einer „durch die Kriegsrhetorik bewusst geschürten Angst“, damit die Regierung sich wahl- und medienwirksam „als Sachverwalter der allgemeinen Sicherheit profilieren“ kann (2015: 28).

Der Journalist Jean-Jacques Gandini geht der Vermutung nach, dass sich die Regierung gegen die Minderheiten und Randgruppierungen wendet.

> „L’état d’exception semble toujours cibler, dans un premier temps, des population minoritaires ou marginales, qu’il constitue en ennemi intérieur- dans le cas présent, les musulmans, ainsi que des militants écologistes“ (Gandini 2015: 12).

Die Notstandsgesetzgebungen beinhalten die Ausweitungen der polizeilichen Befugnisse. Dadurch erhält die französische Polizei die Möglichkeit, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ohne richterliche Beschlüsse durchzuführen. Besonders Muslime und Umweltaktivisten wurden in das Visier der Polizisten genommen (vgl. Gandini 2015: 12). Jöckel vermutet wie Gandini, dass es einen Zusammenhang zwischen den Notstandsgesetzen und den zahlreichen Berichten von Übergriffen auf Muslime nach dem 13. November gibt (Jöckel 2015: 29). Zwischen dem 13.- 20. November 2015 wurden 413 Hausdurchsuchungen und 63 vorläufige Festnahmen durchgeführt, sowie 118 Personen zu Hausarrest verurteilt (Urovas 2015: 8). Es wurden keine Statistiken veröffentlicht, wie viele Personen unter Ihnen dem Islam zugehörig sind oder beispielsweise einen Migrationshintergrund haben.

Als besonders umstritten gilt das von Präsident François Hollande im Laufe der Debatte angekündigte Vorhaben, in Frankreich geborenen und verurteilten Terroristen die französische Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Der Präsident griff damit einen Kernvorschlag der rechtsradikalen Partei Front National (FN) auf. Die Aberkennung der Staatsbürgerschaft würde einen Verstoß gegen das französische Geburtsortprinzip bedeuten (frz. *Droits du sol; lat. ius soli*).

> „Le lieux de naissance- ou jus soli: le fait d'être né sur un territoire sur lequel l'Etat exerce, a exercé ou souhaite étendre sa souveraineté." (Weil 2002: 1)

Das Geburtsortprinzip besagt, dass Kindern, die in Frankreich geboren sind, die französische Staatsbürgerschaft erhalten, wenn mindestens ein Elternteil auch in Frankreich geboren ist. Außerdem ist jeder Mensch, der vor 1994 in Frankreich geboren wurde und ein Elternteil hat, das noch vor der Unabhängigkeit in einem ehemaligen französischen Überseegebiet geboren ist, in vollem Besitz der französischen Staatsbürgschaft (vgl. ambafranco-de.org Online (Zugriff: 13.10.2016)). Die französische Staatsbürgerschaft kann auch durch das Abstammungsprinzip (lat. *ius sanguinis*) oder per Verwaltungsakt (Heirat, Einbürgerung) erworben werden.

Die Infragestellung eines fundamentalen französischen Grundprinzips durch den Präsidenten der Republik schlug hohe Wellen. Jöckel bezeichnet den Vorschlag als „radikale Wende der Politik" (2015: 29). Der Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft sollte der zweite Artikel neben der Einführung der Notstandsgesetzgebung in der von Präsident Hollande angekündigten Verfassungsreform sein (vgl. Editions Esprit 2016 : 6).

> „[...] le président a pris en compte, début janvier, les critiques relatives à la discrimination peu républicaine entre binationaux (3,5 millions en France) et nationaux : il décide de généraliser l'extension de la déchéance à tous individus" (Editions Esprit 2016 : 8).

Ein Entzug der Staatsbürgerschaft von binationalen Franzosen würde jedoch eine Diskriminierung bedeuten. Die Staatsbürgerschaft könnte nicht bei Franzosen aberkannt werden, die nur eine Staatsbürgerschaft besitzen. Aus diesem Grund sprach der Präsident François Hollande im Laufe der Debatte von einem Entzug der Staatsbürgschaft für alle Franzosen. Dies impliziert jedoch auch, dass es im Falle eines Entzuges „Staatenlose" Menschen geben könnte. Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt jedoch, dass jeder Mensch das Recht auf eine Staatsangehörigkeit hat. Außerdem darf keinem Menschen seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen werden, noch darf ihm das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln (vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948: 3).

Der Vorschlag hat großes symbolisches Gewicht in der Debatte über die Notstandsgesetze und die Verfassungsänderung. Präsident Hollande stellt sich gegen die fundamentalen Werte der französischen Republik, gegen seine eigene Partei (Parti Socialiste (PS)) und gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948. Am 30. März 2016 wurde die Debatte um die Einführung des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft in die französische Verfassung für beendet erklärt.

II. EMPIRISCHER TEIL: DISKURSANALYTISCHE UNTERSUCHUNG DER DEBATTE ÜBER DAS GESETZ DES „ETAT D'URGENCE" IN DEN FRANZÖSISCHEN PRINTMEDIEN

1. Zur Methode: Die kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger

Siegfried Jäger (*1937) ist ein deutscher Sprachwissenschaftler und seit 1976 Leiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung. Unter seinen Werken sind zahlreiche Publikationen über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskursanalyse erschienen. 1993 publizierte er sein Werk *Die Kritische Diskursanalyse*.

Jägers Methode der Kritischen Diskursanalyse (Abkürzung: KDA) ist eng verknüpft mit den Ansätzen des französischen Philosophen und Historiker Paul-Michel Foucault und der Rezeption Foucaults von Literaturwissenschaftler Jürgen Link. Als grundsätzliches Ziel sieht Jäger die Entwicklung einer Methode der Diskursanalyse, die Ansätze der qualitativen Sozialforschung und traditionellen Sprachwissenschaft überwindet. Damit sollen Aussagen über den Zusammenhang von Sprache und Gesellschaft getroffen werden, die einen methodologischen und kulturwissenschaftlichen Ansatz für die Gesellschaftsanalyse und –theorie bilden (vgl. Jäger 1999: 25).

Jäger begreift den Begriff Diskurs als „Fluss von sozialen Wissensvorräten" (ebd.: 23), der soziale Verhältnisse innerhalb einer Gesellschaft aktiv organisiert und konstituiert. Jürgen Link und sein Team spezialisierten sich auf die Analyse aktueller Diskurse und deren Machtwirkung, wobei das „Sichtbarmachen ihrer (sprachlichen und ikonographischen) Wirkungsmittel [...] und insgesamt die Funktion von Diskursen als herrschaftslegitimierende und –sichernde Techniken" (ebd.: 127) im Mittelpunkt stehen. Nach Link sind Diskurse

„geregelte und institutionalisierte Redeweisen, die an Handlungen gekoppelt sind und Machtwirkungen ausüben“ (Link 1986: 71). Foucault sieht in dem Begriff Diskurs „die sprachliche Seite einer diskursiven Praxis“, wobei die diskursive Praxis ein Ensemble der verschiedenen Wissensproduktionen (Verfahren der Wissenssammlung und -verarbeitung, Institutionen, etc.) bezeichnet (Jäger 1999: 125).

Damit steht die Gruppe um Link im Widerspruch zu der Definition des Diskursbegriffes des deutschen Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas. Habermas vertritt einen machtneutralen und rationalen Diskursbegriff, der den Diskurs als „rational argumentierende, öffentliche Debatte über bestimmte Gegenstände“ erfasst (Jäger 1999: 127).

Die kritische Diskursanalyse ist als eine Art Herangehensweise zu sehen, mit deren Hilfe empirische Analysen durchgeführt werden können. Jäger spricht von einer Werkzeugkiste, die dazu dient, Analyseinstrumente zu nutzen und gleichzeitige Spielraum lässt, neue und noch unbekannte Instrumente hinzuzufügen. Der Kreativität und Eigenständigkeit des Wissenschaftlers sind hierbei keine Grenzen gesetzt (vgl. Jäger 2015, 19).

Für die Strukturierung einer Diskursanalyse nach Jäger ist die grundsätzliche Unterscheidung von *Spezialdiskursen* und *Interdiskursen* vorzunehmen. Ein *Interdiskurs* ist ein nicht-wissenschaftlicher Diskurs, jedoch können Elemente aus einem *Interdiskurs* in einen *Spezialdiskurs* (wissenschaftlicher Diskurs) einfließen (vgl. Jäger 2015: 80). Die kleinste Einheit ist das *Diskursfragment*, das einen Text oder einen Teil des Textes umfasst, der ein bestimmtes Thema behandelt. Texte sind nach Jäger als eine „Ansammlung von Diskursfragmenten zu begreifen“ (Jäger 1999: 15), die gesellschaftliche Inhalte aller Art vereinen und sich auf gesellschaftliche Prozesse beziehen und zu ihrer Stabilisierung oder Veränderung beitragen (vgl. Jäger 1999: 15).

Mittels eines *Spezialdiskurses* können Texte auf ihre Wirkung und Widerspruchsfreiheit geprüft werden. „Diskursfragmente gleichen Themas“ (Jäger 2015: 80) ergeben einen *Diskursstrang*, welchen Jäger auch als „thematisch einheitliche Wissensflüsse durch Zeit und Raum“ (ebd.: 81) beschreibt. *Diskursstränge* besitzen eine diachrone (geschichtliche) und eine synchrone (zeitliche) Dimension. Mittels der KDA wird ein synchroner Schnitt durch einen *Diskursstrang* ermittelt, welcher aufdeckt, was zu einem gegenwärtigen oder früheren Zeitpunkt sagbar ist und war. Damit wird eine qualitative (endliche) Bandbreite festgelegt. Mit Hilfe der Untersuchung des *Diskursstranges* können Aussagen und deren Häufung mit „inhaltlich gemeinsamen Nenner“ ermittelt werden (Jäger/Jäger 2007: 26). Es besteht die Möglichkeit, dass sich verschiedene *Diskursstränge* ineinander verschränken. Jäger

bezeichnet das „große Wuchern“ und die „Verflochtenheit“ (Jäger 2015: 79) der Diskurse als *diskursive Effekte* oder *Diskurs(strang)verschränkungen*.

Ein weiterer Bestandteil der Analyse ist der *diskursive Kontext*. Dieser setzt sich aus *diskursiven Ereignissen* zusammen, die Richtung und Qualität des Diskurses durch ihre mediale Präsenz beeinflussen, wenn nicht sogar bestimmen. Politische Dominanz und Konjunkturen können dazu beitragen, dass aus einem Diskursmoment ein *diskursives Ereignis* wird. Durch die Nachzeichnung dieser Ereignisse entsteht der *diskursive Kontext*, der für die Analyse von Diskurssträngen hilfreich sein kann.

Die *Diskursebenen*, auch als *soziale Orte* bezeichnet, können sich ebenfalls gegenseitig beeinflussen, aufeinander beziehen und einander Nutzen stiften. Innerhalb der *Diskursebenen* kommt es zu verschiedenen *Diskurspositionen* mit der ein „spezifisch politisch-ideologischer Standort einer Person, einer Gruppe oder eines Mediums gemeint ist“(ebd.: 85). Zu beachten ist hierbei, dass das Ensemble von diskursiven Positionen ein diskursives System ergibt, welches von Individuen und Gruppen unterschiedlich bewertet werden kann. *Diskurspositionen* lassen sich oftmals erst als Resultat einer KDA feststellen.

Ein *gesamtgesellschaftlicher Diskurs* entsteht, wenn die Diskurssträngе in einer gegeben Gesellschaft zu einer gegebenen Zeit und an einem gegebenen Ort zusammenlaufen. „Diskursanalyse verfolgt das Ziel, dieses Netz zu entwirren“(ebd.: 87) und einzelne diskursive Ebenen und Positionen herauszuarbeiten. Dabei können die vorliegenden Themen innerhalb des Netzes der Diskurssträngе *diskursive Knoten* bilden. Jäger spricht den thematischen Verschränkungen und Knoten die Bedeutung zu, der „Kitt der Diskurse“(ebd.: 89) zu sein. Mittels der Bündelung der Diskurssträngе lassen sich außerdem Zuordnungsmöglichkeiten zu zentralen Themen der Gesellschaft feststellen (z.B. Nationalismus, Rechtsextremismus, Militarismus).

Da sich die vorliegende Arbeit mit einem Mediendiskurs befasst, sind die diskursiven Theorien der *Kollektivsymbolik* und der *Normalisierung* Bestandteile der Diskursanalyse. Die beiden Kategorien sind insofern miteinander verknüpft, da Kollektivsymbole insbesondere in Massenmedien zur Durchsetzung von Normalismus verwendet werden (vgl. Jäger 2012: 55).

Der Begriff *Normalismus* bezeichnet die Gesamtheit aller Instanzen, Institutionen und Verfahren, durch die in modernen Gesellschaften sogenannte „Normalitäten“ geschaffen werden. Diese sind post-existent, da sie sich auf statistische Durchschnitte beziehen, welche erst im Nachhinein erhoben und ausgewertet werden können (vgl. Jäger 2015: 53).

Das diskurspolitische Konzept bezüglich der Theorie der *Kollektivsymbolik* stützt sich auf die Annahme, dass innerhalb einer Gesellschaft ein Repertoire an „Bildern“ zu Verfügung

steht, die die politische Landschaft und das Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit prägen. Unter *Kollektivsymbolik* ist die „Gesamtheit der sogenannten „Bildlichkeit“ einer Kultur zu verstehen, die Gesamtheit ihrer am weitesten verbreiteten Allegorien und Embleme, Metaphern [...] Vergleiche und Analogien“ (ebd.: 55). Dieses System von Bildern wirkt sich auf die Mitglieder einer Gesellschaft aus und führt dabei dazu, dass bestimmte Ansichten von Wirklichkeit und Wahrheiten vertreten, gesehen und gedeutet werden (vgl. Jäger 2012: 55).

In der vorliegenden Arbeit habe ich mich für die Kritische Diskursanalyse in Anlehnung an Siegfried Jäger entschieden. Sie soll Hilfsmittel sein derzeitige Tendenzen, Stimmungen und Befindlichkeiten herauszustellen und in Bezug zu normativ-hegemonialen Verfestigungen darzustellen. Außerdem können mittels der KDA das Zusammenwirken gesellschaftlicher Umstände, die Berichterstattung und die daraus resultierenden Effekte betrachtet werden. Dies eignet sich für die Analyse der französischen Printmedien. Hierbei soll sowohl eine Analyse stattfinden als auch ein „Blick über den Tellerand“ auf die aktuellen gesellschaftlichen Umstände und politischen Bewegungen. Es ist zu beachten, dass es sich bei der hier ausgeführten Diskursanalyse um eine Darstellung des ausschließlich medial erzeugten Bildes handelt.

1.1 Zielsetzung und Fragestellung

Mit Hilfe der KDA nach Siegfried Jäger möchte ich die politischen Tendenzen in der Debatte über das Gesetz des „Etat d’urgence“ in Frankreich eingehend betrachten. Das Thema hat im aktuellen politischen Geschehen in Frankreich eine besondere gesellschaftliche Relevanz, da die Notstandsgesetze eine Antwort auf die Terroranschläge in Frankreich darstellen und das alltägliche Leben der französischen Bevölkerung durch sicherheitspolitischer Maßnahmen (zum Beispiel Verbot von Versammlungen) beeinflussen. Dies erstreckt sich bis hin zu der Überlegung französischer Politiker, die Verfassung zu ändern.

Durch die mediale Berichterstattung, Meldungen, Dokumentationen und Nachrichten wird das Denken und die Meinung der Bevölkerung beeinflusst. Leitideen und Vorbilder werden geliefert, die ein Wissen produzieren, das für die Gestaltung von Wirklichkeiten maßgeblich ist. Damit beziehen sich Medien nicht nur auf die Realität, sondern auch auf bereits vorgegebene Muster, die für die Anleitung des Massenbewusstseins relevant sind (vgl. Jäger 2015: 185). Die medial geführten Diskurse können als „Applikationsvorgaben für individuelle und kollektive Subjektbildung“ (Link 1992: 40) verstanden werden.

In der vorliegenden Diskursanalyse wird eine Analyse der französischen Printmedien durchgeführt. Dabei liegt der Fokus auf den beiden größten überregionalen Tageszeitungen: *Le Figaro* und *Le Monde*. Durch ihre hohen Verkaufszahlen erreichen sie täglich einen Großteil der französischen Bevölkerung. Mittels der Analyse von ausgewählten Artikeln der Zeitungen im Zeitraum des 13. November 2015 bis zum 31.März 2016 möchte ich der Frage nachgehen, welche politischen Tendenzen die Zeitungen aufweisen und wie sie sich in ihrer Positionierung unterscheiden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Frage gelegt, wie sie den Diskurs beeinflussen könnten. Dieser Zeitraum wurde gewählt, da der 13. November 2015 mit den Pariser Terroranschlägen der Ausgangspunkt für die Ausrufung des Notstandes. Das Enddatum der Analyse, der 31. März 2016, ergibt sich aus dem Kontext, dass bis dahin die Debatte über den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft in Frankreich geführt wurde. Beide Ereignisse sind miteinander verknüpft, nicht zuletzt deshalb, da die Debatte um den Entzug der französischen Staatsbürgerschaft erst durch die Ausrufung des Ausnahmezustandes aufkam.

Meine Fragestellungen sind: Wie berichten die französischen Zeitungen *Le Figaro* und *Le Monde* über die Debatte der Notstandsgesetzgebung? Welche Diskursverschränkungen lassen sich im Diskurs über den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft erkennen? Lassen sich hierbei politischen Tendenzen erkennen? Welches Ergebnis lässt sich durch die unterschiedliche mediale Berichterstattung im Hinblick auf die Einstellung der Bevölkerung bezüglich der beiden Themenkomplexe erwarten?

1.2 Auswahl des Materialkorpus

Die Auswahl eines geeigneten Materialkorpus bildet die Grundlage der kritischen Diskursanalyse und ist gleichzeitig einer der arbeitsintensivsten Schritte. Sowohl aus Zeit- als auch aus Kapazitätsgründen ist dieser Arbeit ein Rahmen gesetzt.

Für die Durchführung einer Kritischen Diskursanalyse nach Jäger wurden die beiden größten französischen Tageszeitungen *Le Figaro* und *Le Monde* ausgewählt. Diese beiden Zeitungen gehören zur Kategorie *presse nationale d'information politique et général*. Sie erscheinen in Paris und sind, im Gegensatz zur lokalen Tageszeitung an die gesamtfranzösische Leserschaft gerichtet. Personen zwischen 15 und 24 Jahren haben laut der Statistik von *EUROPQRN 2000/2001* das größte Interesse an dieser Zeitungskategorie. Tendenziell nimmt das Interesse mit steigendem Alter ab. Der Durchschnittsleser ist wohnhaft

in Paris und Umgebung, mittleren Alters, männlich und im höheren Angestelltendienst tätig (vgl. Lüsebrink 2004: 76).

Le Figaro ist mit rund 310 000 Exemplaren (2015)[4] die am stärksten verlegte *presse nationale d'information politique et générale*. Sie wurde 1826 von Schriftsteller Etienne Arago und Chansonnier Maurice Alhoy gegründet. Seit 1854 war *Le Figaro* im heutigen Zeitungsformat erhältlich, ab 1866 auch in tägliche Periodizität. Sie gilt als die größte ökonomische Fachzeitschrift und beinhaltet an festen Tagen der Woche Beilagen, wie zum Beispiel das Wirtschaftsmagazin am Montag und *Figaro Dame* am Wochenende.

Le Monde ist die zweitgrößte überregionale Tageszeitung mit rund 265 000 Auflagen (2015)[5] pro Tag. Die Gründung erfolgt 1944 auf Wunsch des damaligen Präsidenten Charles de Gaulle, durch Hubert Beuve-Méry. De Gaulle wünschte sich eine seriöse Referenzzeitschrift, die auch im übernationalen Kontext Anklang finden sollte. Die ursprünglich rein politische Ausrichtung hat sich im Laufe der Zeit stark gewandelt und es wird heute ein breiter Themenkomplex abgedeckt. Auch hier gibt es wöchentliche und monatliche Nebenprodukte wie *Le monde diplomatique*, *Le Monde des philatélistes* und *Le bilan du Monde*.

Beide Zeitungen finanzieren sich sowohl über den Verkaufserlös, als auch über Werbung und staatliche Hilfen. Während sich *Le Monde* auf Werbung spezialisiert, die zum intellektuellen Profil der Leser passt (z.B. Buchvorstellungen, etc.), fokussiert sich *Le Figaro* auf drei umfangreiche luxuriöse Wochend- Werbebeilagen (vgl. Lüsebrink 2004: 77-78).

Die Materialrecherche erfolgte in der Deutsch-Französischen Bibliothek in Ludwigsburg mit Hilfe der Datenbank *www.pressearchiv.dfi.de*. Die Suchbegriffe *„État d'urgence*", „*Déchéance de la nationalité*" und „*Réformer la constitution"* konnten zwischen dem 13. November 2015 und dem 31.März 2016 520 Artikel gefunden werden. Die Ergebnisse konnten durch die thematisch passenden Signaturen klassifiziert werden.

Folgende Signaturen des Pressearchives ergaben thematisch passende Ergebnisse (zeitliche Eingrenzung 13.November 2015-31.März 2016):

- **Signatur FC 936**- Terroranschläge Paris 13. November
  Le Figaro: 120 Ergebnisse
  Le Monde: 176 Ergebnisse

[4] Es sei auf die Variabilität der Zahlen hingewiesen. Die aktuellen Daten von 2015 stammen aus der Aufstellung von www.acpm.fr (L'alliance pour les chiffres de la presse et des médias).
[5] ebd.

Zusätzliches Stichwort: „*Déchéance de la nationalité*“

Le Figaro: 1 Ergebnis

Le Monde: 1 Ergebnis

- **Signatur FC 180**- Notstandsrecht. Ausnahmezustand

  Le Figaro: 11 Ergebnisse

  Le Monde: 55 Ergebnisse

  Zusätzliches Stichwort: „Déchéance de la nationalité“

  Le Figaro: kein Ergebnis

  Le Monde: 1 Ergebnis

- **Signatur FC 150**- Grundrechte. Menschenrechte

  Le Figaro: Kein Ergebnis

  Le Monde: 11 Ergebnisse

  Zusätzliches Stichwort: „Déchéance de la nationalité“

  Le Figaro: kein Ergebnis

  Le Monde: kein Ergebnis

- **Signatur FC 930**- Politische Unruhen. Attentate. Terrorismus

  Le Figaro: 247 Ergebnisse

  Le Monde 260 Ergebnisse

  Zusätzliches Stichwort: „Déchéance de la nationalité“

  Le Figaro: 5 Ergebnisse

  Le Monde: 4 Ergebnisse

Hierbei ist zu beachten, dass es Überschneidungen vereinzelter Artikel gibt und einige Artikel mehrere Signaturen tragen. Im Zuge einer ausführlichen Lektüre wurden die Artikel nach Datum und Relevanz sortiert. Artikel, die rein zur Information und Zusammenfassung der Ereignisse publiziert wurden, sowie Leserbriefe und Interviews, wurden nicht für die Analyse benutzt. Außerdem wurden Artikel ohne Meinungsäußerungen nicht analysiert. Gestalterische Aspekte wie Layout, Karikaturen und Fotographien wurden beiseite gelassen, da diese den Rahmen der Analyse sprengen würden.

Mit Blick auf das Beibehalten der qualitativen Bandbreite konnte die Menge der Artikel durch die Signatur-Auswahl der deutsch-französischen Datenbank in Ludwigsburg auf spezielle Themenkomplexe reduziert werden. Durch die Reduktion bezüglich der Inhalte und Aussagen der Artikel, wurden schlussendlich für den Erhebungszeitraum 25 Artikel von *Le Monde* und 24 Artikel von *Le Figaro* ausgewählt.

Aus dem Gesagten geht bereits hervor, dass bei der Bestimmung des zu untersuchenden Gegenstandes aus zeit- und arbeitstechnischen Gründen Einschränkungen vorgenommen wurden.

1.3 Bezug zum diskursiven Kontext

Die Nachzeichnung von diskursiven Ereignissen kann einen *diskursiven Kontext* ergeben, der sich auf den aktuellen und zu analysierenden Diskursstrang bezieht. Die diskursiven Ereignisse können die Richtung und Qualität des Strangs bestimmen und werden damit zu einem essentiellen Aspekt für die Einordnung des Diskurses in einen zeitgeschichtlichen Hintergrund (vgl. Jäger 2015: 87).

Der Diskurs über die Notstandsgesetzgebung ist infolge der Attentate des 13. November 2015 in Paris entstanden. Die Ausrufung des Ausnahmezustands ist Ausgangspunkt der Debatte. Die Forderung des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft ist ursprüngliche eine Meinung, die in den Wahlkampagnen der Front National (FN) Verwendung findet. 2010 wurde der Vorschlag durch den ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy in einer Rede aufgegriffen. Seit 2014 setzte sich der rechts-konservative Politiker Philippe Meunier für diesen Vorschlag ein (liberation.fr Online (Zugriff 26.09.2016)). Eine Verbindung der beiden Diskurssträngе wurde durch die Rede des französischen Präsidenten François Hollande am 16. November 2016 gezogen, in der er den Vorschlag des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft als Maßnahme gegen Personen einführen wollte, die sich an der Planung und Ausführung eines terroristischen Attentates beteiligen.

Schon im Januar 2015 kam es durch die Anschläge auf die französische Satire-Zeitung „Charlie Hebdo“ zu Diskussionen um das französische Sicherheitssystem und die zu ergreifenden Verteidigungsmaßnahmen. Der amtierende französische Präsident, François Hollande, betonte die Bedeutung der nationalen Einheit in Anbetracht der schwerwiegenden Ereignisse.

Im selben Atemzug wurde die europaweite Flüchtlingskrise in Frankreich ein zentrales Thema aktueller politischer Debatten. Die Diskussion über eine Obergrenze für verschiedene europäische Länder erwies sich als schwierig und langwierig. Verschiedene Parteien, darunter die rechtsextreme Front National (FN) bedienten sich dieser Thematik um ihre Wählerschaft für Regional- und Präsidentschaftswahlen zu erweitern.

Die Regionalwahlen im Dezember 2015 sind ebenfalls als diskursives Ereignis anzusehen. Durch die Neugestaltung der französischen Regionen wurde zum ersten Mal in diesem

Rahmen gewählt. Die konservative Partei, Les Républicains (LR), unter Führung von Nicolas Sarkozy wurden mit 40,2 % aller Stimmen in der zweiten Wahlrunde Wahlsieger. Die Ergebnisse für Sozialisten unter Staatschef Hollande, Parti Socialiste (PS) fielen schlecht aus (28,9%). Dafür gewann die Front National (FN) unter der Führung von Marine Le Pen mehr Wähler als je zuvor. Im Hinblick auf die 2017 anstehenden Präsidentschaftswahlen ist dies ein beunruhigendes Ereignis, das durchaus Auswirkungen auf den analysierten Diskurs haben kann.

2. Ergebnisse der Strukturanalyse

Auf Grundlage des ausgewählten Materialkorpus erfolgte die Aufarbeitung des Diskursverlaufes. Dabei führte eine erste Bestimmung der Aussagen, sowie die Einschränkung des Untersuchungszeitraums, zu der gewünschten Reduktion der Materialmenge. Der Diskursverlauf wurde inhaltlich und thematisch zusammenfassend beschrieben. Anschließend erfolgte eine Auswertung der Ergebnisse, die anhand der Strukturanalyse festgestellt werden konnten.

Dabei werden die beiden Themenkomplexe, die Debatte um die Legitimität der Einführung der Notstandsgesetzgebung in die französische Verfassung und die Debatte um den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft, behandelt. Die beiden Diskurse weisen eine Vielzahl von Berührungspunkten auf, die eine klare Trennung der verschiedenen Artikel nur bedingt ermöglichen.

Da das Thema der Legitimität der Notstandgesetzgebung gleichzeitig mit der Ausrufung des Notstandes einhergeht und somit den Beginn der Debatte markiert, soll dieser Themenkomplex zuerst behandelt werden. Im Laufe der Diskussionen um die Gesetzgebung wird daraufhin das Thema des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft durch den französischen Präsidenten François Hollande (wieder-)aufgegriffen.

An dieser Stelle soll deutlich gemacht werden, dass durch die selektive Auswahl der Artikel und die Vorgehensweise des Herausgreifens thematischer Schwerpunkte, die Analyse keinen Wert auf Vollständigkeit legt. Die im Rahmen dieser Arbeit festgelegten Schwerpunkte werden jedoch einer gründlichen Analyse mit anschließender Präsentation der Ergebnisse unterzogen.

Die folgende Strukturanalyse beinhaltet die Untersuchung spezifisch ausgewählter Diskursfragmente. Neben der schon im Textverlauf begründeten Auswahl der zwei

überregionalen Tageszeitungen erfolgte eine Einordnung entsprechend des *Zeitraums* des Diskurses. Des Weiteren findet *der Autor* oder *die Autorin* des Artikels Beachtung, da dieser/ diese durch seinen/ihren Bekanntheitsgrad eine entsprechende Wirkung auf den Leser ausüben könnte. Die *Überschrift* und der *Untertitel* des Artikels werden außerdem betrachtet, da durch eventuell verwendete Schlüsselbegriffe eine Erwartungshaltung des Lesers erzeugt werden kann. Daraufhin erfolgte die Bestimmung der *Aussagen* der analysierten Artikel. Im Anschluss werden *Diskursposition* und *Kollektivsymbole*, die den Diskurs beeinflusst haben könnten, untersucht (vgl. Jäger 2015: 96).

2.1 „Redéfinir l'état d'urgence?": Die Debatte über die Einführung des Notstandsgesetzes in die französische Verfassung

2.1.1 Le Figaro

Im Allgemeinen ist festzustellen, dass ein Großteil der publizierten Artikel zu diesem Themenkomplex in der Woche nach den Pariser Attentaten (14.November 2015-19.November 2015) veröffentlicht wurde. Dies ist auf die Aktualität des Geschehens zurückzuführen, sowie auf das allgemeine Bestreben der Medien, die Bevölkerung über die aktuelle politische Lage zu informieren. Die Informationsdichte ist in dieser kurzen Zeit besonders hoch, da sowohl über die Attentate berichtet wird, als auch über die politischen Folgen. Ab dem 20. November 2015 erfolgte eine abgeschwächte Berichterstattung über die Situation in Paris. Die Verlängerung der Notstandsgesetze und der Vorschlag der Abänderung der französischen Verfassung stehen nun im Fokus der Betrachtung. Die ab dem 19. März 2016 veröffentlichten Artikel bilden das Schlusslicht der Analyse. Sie stellen sowohl einen Rück- als auch Ausblick der Thematik dar.

Der Großteil der untersuchten Artikel sind als Berichte publiziert worden. Beispiele hierfür sind: Artikel 1 (*François Hollande décrète l'état d'urgence)*, Artikel 3 (*Hollande assure que la République détruira le terrorisme)* und Artikel 5 (*Le gouvernement veut créer un régime civil d'état de crise*). Des Weiteren wurden vier Leitartikel (frz. „Éditorial") veröffentlicht. Beispiele hierfür sind die Artikel 17 (*La guerre continue*), sowie Artikel 21 (*Le combat continue*). Es wurden außerdem jeweils zwei Artikel in der Kategorie Analyse und Debatte veröffentlicht.

Auffallend ist, dass innerhalb der ersten Tage nach den Attentaten in Paris eine Rubrik gegründet wurde, die „Les attentats de Paris“ heißt. Die Kategorie vereint Erkenntnisse, Zustände und aktuelle Informationen gebündelt zu diesem Themenkomplex.

Der Journalist Yves Thréard, ehemaliger Leiter der Zeitung „France Soir“ und derzeitiger stellvertretender Direktor der Abteilung „Sport und außergewöhnliche Ereignisse“ ist der Autor der Leitartikel von *Le Figaro* (ojim.fr, o.S.). Der Materialkorpus enthält drei Artikel von Thréard. Nicht zu unterschätzen ist hierbei die Auswirkung auf die Leserschaft, da er als Repräsentant der überregionalen Tageszeitung fungiert und seine Beiträge auf der Titelseite veröffentlicht werden (vgl. Artikel 17: *La guerre continue* S.1 ; vgl. Artikel 21: *Le combat continue* S.1; vgl. Artikel 25: *Avertissements: On ne peut se passer du renseignement humain* S.1).

Des Weiteren wurden je zwei Artikel von den Autoren Sophie Huet (Rubrik: „Politique Assemblée“), Charles Jaigu (Rubrik: „Politique Élysée“), Anne Rovan (Rubrik: „Politique Gouvernement“), Solon de Royer (Rubrik:“ Politique Matignon“) und Guillaume Perrault (Rubrik „Politique Front National et Sénat“) veröffentlicht. Schon an den Artikelüberschriften lässt sich die zugehörige Rubrik des Autors / der Autorin erkennen (am Beispiel Anne Rovan :Artikel 12: *L'excécutif propose de renforcer l'état d'urgence* und Artikel 1: *François Hollande décrète l'état d'urgence*). Guillaume Perrault veröffentlichte die beiden Analysen bezüglich der Debatte über den „Etat d'urgence“ (vgl. Artikel 2: *France: l'État de doit face au terrorisme islamiste* und vgl. Artikel 8: *Réviser la Constitution pour s'armer contre le terrorisme?*).

Die ersten veröffentlichten Artikel sind mit einer kurzen und aussagekräftigen Überschrift versehen (vgl. Artikel 1: *François Hollande décrète l'état d'urgence*; Artikel 2: *France: l'État de droit face au terrorisme islamiste*). Unterüberschriften beginnen ab dem 17. November 2015 (vgl. Artikel 3: „En chef de guerre, le président a prononcé un discours martial et annoncé une batterie de mesures“). Keine Unterüberschriften sind bei den Analysen, der Debatte und den Leitartikeln vorhanden. Allgemein ist zu erkennen, dass die Unterüberschriften die Hauptaussage der Überschrift ergänzen und damit den Effekt, den Leser auf den Artikel einzustimmen und bei ihm Neugier zu erzeugen, verstärkt. Außerdem werden in den Überschriften die Schlüsselbegriffe der Debatte („Etat d'urgence, Terrorisme; Constitution, Liberté, Sécurité“) aufgegriffen (vgl. Artikel 8: *Réviser la Constitution pour s'armer contre le terrorism?*).

Die Inhalte der Artikel gliedern sich in zwei Kategorien: Im Zeitraum 14.November - 19.November 2015 enthalten sie Informationen über die Attentate vom 13. November 2015 in

Paris. Dazu werden Hintergründe und Verbindungen zu vorherigen Attentaten in Frankreich (besonders zu dem Attentat auf Charlie Hebdo im Januar 2015) erläutert. Daraufhin erfolgt eine geschichtliche Einordnung des „Etat d'urgence" und eine Erklärung, welche Maßnahmen dies zur Folge hat. Außerdem werden juristische Fachbegriffe und Gesetzesparagraphen (z.B. Artikel 6 und 36 der französischen Verfassung) verständlich erläutert. Besonders herausstechend ist die Betonung des Ausspruches von François Hollande, dass sich Frankreich im Anblick seiner aktuellen Lage im Krieg befindet. Themen wie die Regionalwahl und die UN-Klimakonferenz 2015 in Paris werden nur am Rande angesprochen.

Die Artikel des Zeitraumes vom 20.November 2015 bis 21.März 2016 sind dagegen von Analysen und Leitartikel geprägt. Das Thema der Notwendigkeit einer Koalition mit Russland gegen den Islamischen Staat wird aufgegriffen. Es wird konstatiert, dass es ein Problem bezüglich der Mittel zur Durchsetzung der angekündigten Maßnahmen des Notstandsgesetzes gibt. Das Thema der Verlängerung des Ausnahmezustandes geht mit einer erneuten Erklärung des Gesetzes einher.

Die oberste Priorität, die in den Artikeln der ersten Periode (14-19.November 2015) betont wird, ist die Wahrung der Sicherheit aller Franzosen. Damit wird die Aussage getroffen, dass Frankreich sich schützen muss und sich im selben Atemzug gegen die Angreifer wehren sollte. Es sei als unumgänglich zu betrachten, geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu finden. Eine weitere Aussage ist, dass es zwischen den Attentaten eine Verbindung nach Syrien gibt. Die Attentäter sollen durch einen verstärkten militärischen Einsatz in Syrien außer Gefecht gesetzt werden. Um den Kampf gegen den Islamischen Staat und damit gegen den Terrorismus zu verstärken, sollen Grenzschließungen und stärkere Grenzkontrollen gefördert werden. Damit wird die Möglichkeit einer Reduktion der Einwanderung von z.B. geflüchteten Menschen ebenfalls in Betracht gezogen (vgl. Artikel 1: *François Hollande décrète l'état d'urgence* und Artikel 17: *La guerre continue*). Außerdem kündigt der Präsident François Hollande ein gnadenloses und effektives Vorgehen gegen die terroristischen Netzwerke an (vgl. Artikel 13: *François Hollande veut prouver sa détermination*). Dieser Ausspruch wird zu einer zentralen Aussage in den Artikeln von *Le Figaro*, da damit inhaltlich angekündigt wird, dass sich der Staat Frankreich im Krieg gegen den Islamischen Staat befindet. Die Aussagen werden von der Umfrage in Artikel 23 (*Les français prêts à limiter leurs libertés*) bestärkt. In dieser Umfrage wird ein Meinungsbild der französischen Bevölkerung zur aktuellen Sicherheitslage Frankreichs erstellt. Demnach sind mehr 80% der Franzosen für erhöhte Sicherheitsmaßnahmen und für die Notstandsgesetzgebung.

In der zweiten Hälfte des analysierten Materialkorpus (ab dem 20. November 2015 bis zum 21. März 2016) wird die Aussage getroffen, dass durch die Verlängerung der Notstandsgesetze und die angedachte Verfassungsreform gegen die akute Machtlosigkeit der Regierung vorgegangen werden kann (vgl. Artikel 21: *Le combat continue*). Die angedachten Reformen sollen weiterhin den Rechtsstaat garantieren und nur Einschränkungen der öffentlichen Freiheit zu Gunsten der öffentlichen Sicherheit vornehmen. Daran anschließend wird die Aussage getroffen, dass eine Koalition mit Russland gegen den Islamischen Staat zu Verteidigungszwecken möglich wäre (vgl. Artikel 11: *Oui à l'état d'urgence, car il n'y a pas de liberté sans sécurité*).

Eine bildliche Untermalung der Argumentation erfolgt durch die Verwendung von Symbolen und Kollektivsymbolen. In Artikel 1 (*François Hollande décréte l'état d'urgence)* wird das Symbol der Grenze verwendet. Damit wird dem Leser suggeriert, dass die Grenze eine Schutzmaßnahme gegen die Angreifer sein könnte. Das Verstärken der Grenzkontrollen kann damit durch den Willen der Verteidigung der Nation gerechtfertigt werden. Ein weiteres Symbol ist die *Marseillaise*, die französische Nationalhymne (vgl. Artikel 3: *Hollande assure que „la Republique détruira la terrorism").* Sie fungiert als Symbol für den Leser, da sie für die Einheit und die Nation Frankreichs steht. Durch ihre Verwendung bei politischen Festanlässen, dem französischen Nationalfeiertag und sportlichen Events ist sie zum allseits bekannten Symbol Frankreichs geworden. In diesem Kontext wird sie als Symbol der Einigkeit im Anschluss an die Rede des Präsidenten François Hollande vor der französischen Nationalversammlung verwendet.

Auffällig oft werden Wörter der Thematik des Krieges verwendet. Darunter befinden sich zum Beispiel die Aussprüche: „acte de guerre", „Hollande, chef de guerre" (vgl. Artikel 12: *François Hollande veut prouver sa détermination*) und „en guerre contre le terrorisme djihadiste" (vgl. Artikel 3: *Hollande assure que „la Republique détruira la terrorisme").* Durch die wiederkehrende Verwendung dieses Bildbereiches wird der Eindruck erzeugt, dass gegen die äußere Bedrohung schnellstmöglich und effektiv gehandelt werden muss. Außerdem wird die Aussage unterstrichen, dass sich Frankreich im Krieg gegen den Islamischen Staat befindet.

Sowohl die Leitartikel als auch die Analyse verstärken die Grundaussage, dass die aktuelle Regierungspolitik unter François Hollande keine Lösungen auf die brisanten politischen Vorfälle bereitstellt und sich durch ihre unflexible Haltung immer mehr ins Abseits bewegt.

Aus den genannten Beispielen ergibt sich, dass die Mehrheit der analysierten Artikel der Notstandsgesetzgebung und der Einbindung der Gesetzgebung in die französische Verfassung

tendenziell positiv gegenübersteht. Die persönliche Freiheit könnte damit zu Gunsten der öffentlichen Sicherheit eingeschränkt werden. Damit kann das Ziel der Sicherheit der französischen Nation erreicht werden.

Die Informationen über den Notstand und die Notstandsgesetzgebung wurden aus der Erklärung der Regierung, erstellt von Jean-Jacques Urovas, entnommen (vgl. Urovas 2015) Außerdem ist die Rede des Präsidenten François Hollandes mit der Ausrufung des Notstandes vielfach aufgegriffen und zitiert worden (vgl. Hollande 2015: o.S.) Des Weiteren bedient sich Artikel 23 einer Umfrage des Meinungs- und Marktforschungsinstituts *Institut français d'opinion publique* (Abkürzung: IFOP). Diese Informationsquellen verstärken die Authentizität der Inhalte und Aussagen in den ausgewählten Artikeln, da sowohl die von der Regierung verfasste Erklärung als auch eine Umfrage des führenden Meinungsforschungsinstitutes in Frankeich als verlässliche Quellen einzuordnen sind.

Auffällig ist, dass sowohl die Analyse-Artikel als auch die Leitartikel eine politisch konservative Tendenz aufweisen. Dies wird durch das politische Selbstverständnis der Autoren, ihre Positionierung innerhalb der Zeitung und ihre persönliche Meinungsäußerung manifestiert. In Artikel 25 spricht der Autor von „Ces ghettos, soumis à la loi de l'omerta, sont connus. Ils doivent être „nettoyés". " und außerdem „Il est urgent aussi de renforcer et de pérenniser les contrôles aux frontières à l'intérieur de l'Europe." (vgl. Artikel 25: *Avertissements*). Die „Säuberung" von Wohngebieten und die Grenzschließung sowie erhöhte Grenzkontrollen innerhalb Europas lässt eine fremdenfeindliche Haltung erkennen. Die verwendeten Begriffe „sinistre individu" und „loups solitaires" (vgl. Artikel 21: *Le Combat continue*) verstärken außerdem das Bild eines dubiosen Einzelgängers aus den als „Ghettos" bezeichneten Wohngebieten. Diese Wohngebiete können als die französischen Vorstädte interpretiert werden, in denen zahlreiche Konflikte herrschen. Der Bevölkerungsanteil an Menschen mit Migrationshintergrund ist hier vergleichsweise hoch (Gnade 2013, o.S.). Außerdem schüren rhetorische Fragen wie beispielsweise die in Artikel 21 (*Le combat continue*) erwähnte Frage, wie viele fanatische Islamisten sich hinter Abdeslam verstecken, einen Stereotyp eines Attentäters.

2.1.2 Le Monde

Die untersuchten Artikel aus dem Materialkorpus von *Le Monde* stammen aus dem Zeitraum 17. November 2015 bis 20. März 2016. Dabei kann konstatiert werden, dass eine Vielzahl der

Artikel im November veröffentlicht wurde. Dies ist auf die Aktualität der Geschehnisse und des Ausgangspunktes (13. November 2015) zurückzuführen.

Von Dezember bis Februar nimmt die Häufigkeit der publizierten Artikel konstant ab, wobei es von Dezember bis Anfang Januar eine wöchentliche Veröffentlichung gibt. Der größte zeitliche Sprung liegt zwischen den letzten beiden Artikeln. Dies ist darauf zurückzuführen, dass am 26. Februar 2016 die Verlängerung des Notstandsgesetzes in Kraft getreten ist und daraufhin eine abgeschwächte Berichterstattung erfolgte.

Der Großteil der Artikel weist einen narrativen Charakter auf. Zwei Artikel dienen als Leitartikel, zwei weitere Artikel sind als Analysen verfasst. Sie wurden unter den Rubriken „France“, „Les Attaques Terroristes à Paris“, „Débats“ und „Éclairages“ veröffentlicht.

Jérôme Fenoglio, aktueller Direktor von *Le Monde*, veröffentlichte einen Leitartikel zur Thematik der Notstandsgesetze. Dieser wurde auf der Titelseite unter der Kategorie „Éditorial“ veröffentlicht (vgl. Artikel 14: *Sortir de l'urgence).* Er nimmt als Direktor eine besondere Stellung hinsichtlich der Veröffentlichung von Leitartikeln ein. Des Weiteren wurden jeweils zwei Artikel von Hélène Behemezian (Journalistin für die Ereignisse rund um das französische Parlament), Bastien Bonnefous und Jean-Baptiste Jacquin (Chefredakteur) publiziert.

Eine nicht außer Acht zu lassende Stellung nehmen die Gastautoren ein. Unter Ihnen sind Jean- Pierre Bérard, (Honorarkonsul des Staates Frankreich), Olivier Beaud (Professor an der Universität Paris- II Panthéon- Assas) und Jean- Eric Callon (Lehrbeauftragter für öffentliches Recht an der Universität Paris- Süd). Durch ihre Einschätzungen und Analysen leisten sie für *Le Monde* einen weiteren intellektuellen Beitrag, der zur Glaubwürdigkeit und Authentizität der überregionalen Tageszeitung beiträgt.

Die Überschriften werden bis auf die Leitartikel und die Analyse-Artikel von einer Unterüberschrift begleitet. Dabei stellt sich heraus, dass die Schlüsselbegriffe der Debatte („État de guerre, Sécurité, Constitution, Le projet de loi“) nur in der Überschrift vorhanden sind. Die Unterüberschriften werden genutzt, um z.B. Zitat von aktuellen Politikern (vgl. Artikel 4: *„D'autres libertés peuvent être temporairement limités“ a déclaré M. Valls, jeudi, à l'Assemblée nationale*“) und ergänzende Informationen zur Artikel- Thematik zu veröffentlichen. Dies erleichtert den Einstieg des Lesers, markiert jedoch auch die Haltung des Autors zur angesprochenen Thematik (vgl. Artikel 8: „Restriction de la liberté de mouvement, assignation à résidence, perquisitions […] Le dispositif est prolongé jusqu'au 26 février 2016“).

Der Großteil der im November veröffentlichten Artikel enthält eine kurze Abhandlung über die Notstandsgesetze, die aktuellen Ereignisse infolge der Attentate in Paris und eine geschichtliche Einordnung des „Etat d'urgence" (vgl. Artikel 5: *La modification de la Constitution va ralentir la riposte* française). Besonders hervorzuheben ist hier die Rede von Präsident François Hollande vor der Nationalversammlung in der ein gnadenloses Vorgehen gegen die Angreifer verkündet wird. Daraufhin kommt es zu unterschiedlichen Äußerungen des linken und rechten politischen Flügels zu den angeforderten Maßnahmen (vgl. Artikel 2: *Etat de guerre: jusqu'où peut aller Hollande*).

Ab dem 22. November 2015 erfolgt eine kritische Berichterstattung im Hinblick auf die aktuelle Regierungspolitik. Es wird auf die Situation der Justizministerin Christine Taubira aufmerksam gemacht, die sich gegen den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft positioniert hat (vgl. Artikel 7: *Christine Taubira joue les équilibristes*). Außerdem wird über das Verbot von Versammlungen und Demonstrationen berichtet. Die Artikel verweisen zunehmend auf die Einschränkung der persönlichen Freiheit, sowie einen Rückschritt hinsichtlich der demokratischen Grundlagen der französischen Republik (vgl. Artikel 10: *Les anti- état d'urgence s'organise* und Artikel 13: *Il ne faut pas constitutionnaliser l'état d'urgence*). Unterthemen sind die Debatte um den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft, die Schließung von Moscheen, die Beziehung von Staat und Religion (besonders den Islam betreffend), die Regionalwahlen und die Demonstrationen im Hinblick auf die in Paris stattgefunden UN-Klimakonferenz 2015.

Die am häufigsten ermittelte Aussage bezieht sich auf die negativen Folgen der Notstandsgesetzgebung bezüglich der persönlichen Freiheit. Hier wird sowohl über einen Verstoß gegen die europäische Verfassung im Hinblick auf den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft berichtet als auch über ein ungerechtfertigtes Eingreifen des Staates in die Privatsphäre seiner Bürger (vgl. Artikel 10: *Les anti-état d'urgence s'organisent* ; Artikel 11: *Les militants de la COP21, cible de l'état d'urgence*). In diesem Kontext wird ebenfalls mit nahezu gleicher Häufigkeit angesprochen, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht mit dem „Etat d'urgence" möglich ist und auch nicht mit den republikanischen Werten des französischen Staates vereinbar ist. Es erfolgt eine Positionierung gegen die Notstandsgesetzgebung und gegen die Reformierung der Verfassung (vgl. in Artikel 9: *Sortir de l'urgence* und in Artikel 13: *Il ne faut pas constitutionnaliser l'état d'urgence*). Der „Etat d'urgence" wird nicht als langfristige Lösung für den Terrorismus erachtet. Die Sicherheit des französischen Staates wird in sechs Artikeln als wichtigstes Ziel erachtet. Des Weiteren wird angemerkt, dass die Debatte um die Verlängerung des Notstandsgesetzes durch den Zeitdruck

nicht bestmöglich geführt werden konnte und politische Gegenstimmen damit unterdrückt wurden (vgl. Artikel 12: *Libertés : pour les politiques, le débats doit attendre*).

Weniger präsent sind die Aussagen, dass sich Frankreich im Krieg befindet (vgl. Artikel 2: *Etat de guerre: jusqu'où peut aller Hollande*) sowie dass sogenannte „Hassprediger" und Attentäter ausgewiesen werden sollen (vgl. Artikel 1: *Vers une „révision" de la loi sur l'état d'urgence*). In nur einem Artikel wird die Aussage getroffen, dass die Notstandsgesetzgebung gerechtfertigt ist (vgl. Artikel 14: *Oui, il faut réviser la Constitution*).

Durch die Gastautoren Jean-Pierre Bérard (Conseiller d'État honoraire), Olivier Beaud (Professeur à l'Université Paris- II Panthéon- Assas) und Jean-Eric Callon (maître de conférences en droits public à l'Université Paris-Sud) werden die Erkenntnisse mit politischem und juristischem Fachwissen vertieft.

In den untersuchten Artikeln erfolgte eine sparsame Verwendung von Kollektivsymbolen. In Artikel 6 (*L'Assemblée renforce l'état d'urgence*) wird das Symbol „la navette parlamentaire" verwendet. Die Darstellung des französischen Parlamentes als Pendelschiff unterstreicht die Uneinigkeit der Abgeordneten untereinander und das „hin und her pendeln" im Bezug auf die Verlängerung des Notstandes. In Artikel 7 (*Christiane Taubira joue les équilibristes*) wird das Verb „contourner" verwendet, um die Situation der Verteidigungsministerin und ihr Ausweichen auf die Fragen der Journalisten darzustellen. Damit „umschifft" Taubira eine klare Äußerung auf die Frage nach ihrer Position bezüglich des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft.

Die Diskursposition der Mehrheit der untersuchten Artikel zeichnet sich durch eine ablehnende Tendenz gegenüber einer Einführung der Notstandsgesetzgebung in die französische Verfassung aus. Dies wird durch die kritische Analyse der gesellschaftlichen und historischen Umstände, sowie durch das Hervorheben der Schwachstellen des „Etat d'urgence" untermauert. So wird beispielsweise das Thema der Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vermehrt angesprochen (vgl. Artikel 11: *Les militants de la COP21, cible de l'état d'urgence*) Es wird außerdem betont, dass die Verlängerung des Ausnahmezustandes als eine emotionale Reaktion angesehen werden kann (vgl. Artikel 13; 17 und 19) und die Reformierung der Verfassung auf Grundlage der Attentate kritisch betrachtet werden muss. Der Artikel 14 (*Oui, il faut réviser la Constitution : La révision de l'article 36 est indispensable*) vertritt die einzige gegensätzliche Meinung: Es wird für eine Einführung der modernisierten Notstandsgesetzgebung in die französische Verfassung argumentiert.

Auffällig ist, dass eine lösungsorientierte Tendenz in einer Vielzahl der untersuchten Artikel hervortritt. Die Betonung liegt nicht nur auf der Ablehnung einer Verfassungsänderung und

einer Einführung des Notstandsgesetzes, sondern auch auf einer aktiven Suche nach einem geeigneten und überzeugenden Vorschlag den Terrorismus einzudämmen. Das Ziel ist hierbei die Sicherheit der französischen Staatsbürger und der Nation Frankreich zu bewahren. Jedoch sollen dabei weder die privaten Rechte eingeschränkt noch die republikanischen Werte erschüttert werden.

2.2 „La déchéance de la nationalité“- Der Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft

2.2.1 Le Figaro

Die Artikel bezüglich dieses Themenkomplexes wurden zwischen dem 19. November 2015-21. März 2016 veröffentlicht. Als Anfangszeitpunkt ist die Rede des Staatspräsident François Hollande am 16. November 2015 vor den Abgeordneten der französischen Nationalversammlung zu sehen. In dieser Rede betonte er die im Angesicht der Situation zu ergreifenden sicherheitspolitischen Maßnahmen. Unter anderem sprach er die Ausweitung des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft auf gebürtige Franzosen an. Der letzte Artikel, der für die Analyse dieses Themenkomplex ausgesucht wurde, ist auf den 21. März 2016 datiert.

Die analysierten Artikel wurden in den Rubriken „Les attentats de Paris“, „L’événement“ und „Contre-point“ veröffentlicht. Zwei Artikel sind als Kommentare zu den Ereignissen verfasst wurden.

Die Autoren Anne Rovan und Sophie Huet sind aus der vorherigen Analyse (siehe 2.1. Le Figaro) bekannt. François Bourmand ist für die Berichterstattung über die Politik der *Parti Socialiste* zuständig (editionsarchipel.com Online (Zugriff 10.10.2016)) Guillaime Tabard, Autor der Artikel der Rubrik „Contre-point“ ist Chef-Editor und Leitartikelschreiber im Bereich Politik von *Le Figaro*.

Die Schlüsselwörter der Debatte („Dèchéance de la nationalité“; „Un débat“; „Radicalisation“; „Taubira“) sind in den Überschriften der Artikel wiederzufinden. Alle Überschriften sind durchgängig negativ. Es ist von einem „débat houleux“ (vgl. Artikel 3) und von einem „casse- tête“ (vgl. Artikel 4) die Rede.

Die Unterüberschriften führen die negative Grundeinstellung fort. Hierbei ist die Rede von einer Distanzierung der Sozialisten von der Regierung (vgl Artikel 3: „*Des nombreuse voix au Parti socialiste se font entendre pour critiquer le projet gouvernemental qui doit être présenté*

le 23 décembre“), sowie einer Distanzierung der Verteidigungsministerin Christiane Taubira gegenüber dem Vorschlag des Entzugs der doppelten Staatsbürgerschaft.

Am Anfang der Debatte wird das Verhalten der Verteidigungsministerin Christiane Taubira stark kritisiert. Ihr konsequentes Ausweichen auf Fragen der Journalisten und ihr Zögern, sich nicht zu positionieren, wirft viele Fragen auf. Sie antwortet, dass sie sich als Hüterin der Freiheit versteht und die internationalen Rechte im Blick behalten möchte („Ma responsabilité, c’est de préserver les libertés“ Artikel 1, 19. November 2015). Im weiteren Verlauf der Debatte kommt es zunehmend zu einer Kritik der Parti Socialiste (PS). Hier wird von einem Schwanken der Meinungen berichtet, sowie von einem Bruch mit den Werten der Partei. Der Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft wirft sowohl parteiintern als auch parteiextern Fragen und Probleme auf (vgl. Artikel 4: *Un casse- tête chaque jour un peu* plus). Es folgt eine Auseinandersetzung mit dem späten Einschreiten der linken Abgeordneten gegen den Vorschlag des Präsidenten, die doppelte Staatsbürgerschaft zu entziehen. Dies gleicht einem späten Erwachen der Sozialisten. Gegen Ende der Debatte wird berichtet, dass sich die Argumentationen festfahren hat. Die PS versucht ihr Gesicht in Anbetracht des gescheiterten Vorschlages des Präsidenten zu wahren.

Unterthema ist die Ablehnung der angekündigten sicherheitspolitischen Maßnahmen von Präsident Hollande in seinen eigenen Reihen. Er wird daraufhin als „gescheiterter Präsident“ dargestellt (vgl. Artikel 3: *La déchéance de nationalité provoque un débat houleux au sein de la gauche*). Ein weiteres Unterthema ist die „Islamisierung Frankreichs“ und die Problemviertel innerhalb der französischen Großstädte, in denen ein Aufstieg des Islams prognostiziert wird (vgl. Artikel 5: *Déchéance, radicalisation: les impératifs de Valls*).

Die am häufigsten vertretenen Aussagen sind zum einen, dass die Einführung des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft zu einer Aufteilung der französischen Staatsbürger in zwei Kategorien führt, zum anderen, dass sie einen Bruch mit dem Bodenrecht bzw. Geburtsortprinzip der französischen Verfassung dargestellt. Im Zuge dessen berührt die Debatte die Grundwerte der Republik (z.B. in Artikel 1 und Artikel 2). Außerdem sind Franzosen, die keine doppelte Staatsbürgerschaft haben, nicht von diesem Gesetz betroffen. Die internationale Rechtsordnung sieht nicht vor, dass es „Staatenlose“ geben darf. Es wird die Aussage getroffen, dass sich ein Großteil seiner Partei nicht mit diesem politischen Schachzug identifizieren kann (vgl. Artikel 4: *Un casse-tête chaque jour un peu plus inextricable*). Außerdem wird das Dilemma um die symbolische Kraft angeführt: Soll der Entzug der Staatsbürgerschaft zu symbolischen Zwecken in die Verfassung eingeführt werden? Warum etwas einführen, was nur einen symbolischen Zweck hat? Die Exekutive der

Regierung hofft auf eine Einigung des Senats und der Nationalversammlung für den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft als Zeichen des Kampfes gegen den Terrorismus.

In Artikel 4 ist von einem „sich Festfahren“ der Debatte die Rede. Dieses Kollektivsymbol spielt auf die als unlösbar erscheinende Situation der Debatte an, die wie ein Auto im Graben festzustecken scheint. In Artikel 1 (*Taubira, un malaise perciptible*) wird eben dieser Graben erwähnt, der sich symbolisch zwischen der Verteidigungsministerin und der Exekutive (Hollande und Valls) auftut. In Artikel 2 (*La déchéance de nationalité passe très mal à gauche*) ist von einem Bruch die Rede, der innerhalb der Partei der Sozialisten wächst. Artikel 3 (*La déchéance de nationalité provoque und débat houleux*) erwähnt die „stürmische Debatte“, die darauf hinweist, dass sich das Schiff (im übertragenen Sinne die Nation Frankreich) in unsicherer Lage befindet. Diese wurde extern herbeigeführt (metaphorisch: durch einen Sturm) und ist nun intern bestmöglich zu bewältigen (metaphorisch: Steuerung des Schiffes durch die unruhige See zurück in seichte Gewässer).

In den analysierten Artikeln lässt sich eine kritische Haltung gegenüber der Debatte um den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft erkennen. Außerdem wird sich mehrfach gegen die Politik des Präsidenten und der PS positioniert.

Die Darstellung der internen Debatte der Sozialisten und die Kritik an François Hollande sind sehr präsent. Die Justizministerin Christine Taubira wird angeklagt, einen großen Fehler begangen zu haben, in dem sie sich nicht eindeutig in der Debatte positioniert hat (vgl. Artikel 1„ *La garde de Sceaux a commis une grossière erreur au débout de son entretien*“). Außerdem wird dem Präsidenten François Hollande vorgeworfen, die Nation zu Gunsten der rechtsextremen Partei *Front National* (FN) umzugestalten („Soit on redéfinit la nation républicaine, soit c’est la nation “made in Front national“ qui s’imposera“ Artikel 2 03. Dezember 2016). Dies sind schwerwiegende Vorwürfe gegen die aktuelle Regierungspolitik. Der Präsidenten François Hollande erscheint als nahezu unfähig die Nation in Zeiten einer Krise zu führen.

2.2.2 Le Monde

Die Artikel bezüglich des Themenkomplexes stammen aus dem Zeitraum zwischen dem 18. November 2015 und 31. März 2016.

Die Artikel wurden unter der Rubrik „France“, „Éditorial“ und „Les attaques terroristes à Paris“ veröffentlicht. Sie sind der Kategorie Bericht und Leitartikel zuzuordnen.

Die Autoren, Jean-Baptiste Jacquin (Chefredakteur) und Hélène Behemezian (Journalistin für die Ereignisse rund um das französische Parlament) sind aus der Analyse unter 2.1.2 bereits bekannt. Der Leitartikel wurde ohne Nennung eines Autors veröffentlicht.

Die Schlüsselbegriffe der Debatte über den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft in *Le Monde* werden in allen Überschriften genutzt: „La déchéance de nationalité", „Attention", „Virage Sécuritaire" und „Taubira" (vgl. Artikel 1-4). Es wird die Erwartung beim Leser geweckt, dass das Thema mit Vorsicht zu betrachten ist. Außerdem wird die ablehnende Haltung zum Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft und der politischen Wende des Präsidenten François Hollandes deutlich (vgl. Artikel 1: *Revirement politique sur la déchéance de nationalité*).

In Artikel 1 (*Revivrement politique sur la déchéance de nationalité*) und Artikel 2 (*Déchéance de nationalité*: *Attention, danger*) wird die politische 180-Grad Wendung von François Hollande thematisiert. Hierbei liegt der Fokus auf dem Vorschlag des Entzuges der Staatsbürgerschaft bei gebürtigen, binationalen Franzosen, wenn ein terroristisches Attentat gegen den Staat Frankreich geplant und durchgeführt wurde. Dieser Vorschlag wurde sowohl von der Partei Front National (FN), als auch von Les Républicains (LR) 2014 zur Sprache gebracht. Sowohl der Ursprung des Vorschlages, als auch der implizierte Verstoß gegen die europäischen Menschenrechte, provozierten einen Aufschrei in der Partei Parti Socialiste (PS). Bei einer Ausweitung des Entzuges der Staatsbürgerschaft auf alle französischen Bürger würde es im Falle des Entzuges bei Personen ohne doppelte Staatsbürgerschaft dazu kommen, dass die Person den Status eines „Staatenlosen" erhält. In Artikel 3 (*Déchéance de la nationalité: l'idée qui passe mal*) und Artikel 4 *(Taubira assume le virage sécuritaire)* wird die Situation der Justizministerin Christine Taubira geschildert und ihr offensichtliches „Unwohl-Sein" mit dem Vorschlag von Premierminister Manuel Valls und Präsident François Hollande.

Die am häufigsten getroffene Aussage ist der Verstoß gegen die republikanischen Prinzipien der französischen Republik (insbesondere gegen das Bodenrecht) durch den geplanten Versuch der Einführung des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft sowie der damit einhergehende Verstoß gegen die europäische Menschenrechtsordnung (vgl. Artikel 2: *Déchéance de nationalité : Attention, danger* und Artikel 3: *Déchéance de la nationalité : l'idée qui passe mal*). Daran schließt sich die Aussage an, dass es zu einer Zwei-Klassen-Einteilung und Stigmatisierung innerhalb der französischen Gesellschaft kommen könnte. (vgl. Artikel 3: *Déchéance de nationalité: l'idée qui passe mal*). Gebürtige Franzosen würden aufgrund ihres familiären Hintergrundes voneinander unterschieden werden. Durch diese

Stigmatisierung werden Stereotypen gefördert und Vorbehalte gegen z.B. muslimische Einwanderer verstärkt. Dies weist auf eine Tendenz hinsichtlich der Ausschließung verschiedener Gruppen aus der französischen Bevölkerung hin. Des Weiteren wird ausgesagt, dass der Entwurf eines solchen Gesetzes und die Debatte um dessen Einführung von symbolischer Bedeutung sind. Dies rechtfertigt jedoch nicht eine Reformierung der Verfassung und auch nicht den Verstoß gegen die republikanischen Werte Frankreichs (vgl. Artikel 2: *Déchéance de nationalité: Attention, danger*).

Durch die Verwendung der Verben „ressouder“ (dt. nachschweißen, nachlöten [techn.]) und „propulser“ (dt. antreiben [techn.]) wird der Eindruck beim Leser erzeugt, dass es sich beim Staat Frankreich um ein Fahrzeug handelt, das gerade Antrieb und Fortschritt benötigt, da es durch diverse Debatten und Attacken zum Stillstand gekommen sei.

Die Diskursposition in den Artikeln ist einheitlich: Der Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft bei gebürtigen Franzosen wird abgelehnt. Auffällig ist, dass die Analyse der Situation der Justizministerin Christine Taubira einen großen Anteil der Debatte ausmacht. Ihre Werte und Normen, sowie ihre Einstellung gegenüber der Debatte werden betont und besonders hervorgehoben. Sie trat aufgrund der Debatte um den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft am 27. Januar 2016 zurück.

3. Ergebnisse der Feinanalyse

Die ausführliche Feinanalyse eines typischen Artikels wurde ergänzend zur analytischen Materialaufbereitung der Strukturanalyse vorgenommen. Dabei wurden die inhaltlichen und formalen Eigenschaften, die in Kapitel 2 ermittelt wurden, für die Auswahl eines typischen Artikels berücksichtigt.

Für die Materialaufbereitung eines Feinanalyse-Artikels empfiehlt Siegfried Jäger die genaue Betrachtung der folgenden Schwerpunktbereiche: institutioneller Rahmen, Text-’Oberfläche’, sprachlich-rhetorische Mittel und inhaltlich-ideologische Aussagen (ebd.: 98). Diese Schwerpunkte dienen zur groben Orientierung für die hier ausgeführte Feinanalyse.

Aus dem Materialkorpus von *Le Figaro* wurde der Artikel „La guerre continue“ von Yves Thréard ausgewählt. Dieses Diskursfragment wurde als repräsentativ für die Feinanalyse erachtet, da es aufgrund seiner Textlänge, Textbeschaffenheit und Komplexität der angesprochenen Themen den untersuchten Materialkorpus widerspiegelt. Das Datum der Veröffentlichung (19. November 2015) liegt in dem Zeitraum, in dem der Großteil der Artikel

veröffentlicht wurde. Des Weiteren fungiert der Autor innerhalb der Zeitung als Chefredakteur.

Aus dem Materialkorpus von *Le Monde* wurde der Artikel „Sortir de l'urgence" ausgewählt. Die Veröffentlichung erfolgte am 25. November 2015. Der Autor des Artikels, Jérôme Fenoglio, ist Direktor von *Le Monde* und publiziert seit 1991 für die Tageszeitung. Die inhaltliche Komplexität der angesprochenen Themen, sowie die Stellung des Autors innerhalb der Zeitung repräsentieren ein typisches Diskursfragment von *Le Monde*.

Die beiden ausgewählten Artikel sind der Rubrik „Éditorial" zugeordnet. Das französische *Éditorial* entspricht dem deutschen Leitartikel, der „die Position der Redaktion oder eines ihrer Mitglieder zu tagespolitischen Ereignissen formuliert" (Gröne/Reise 2012: 231).

3.1 Le Figaro: „La guerre continue"

Der Artikel wurde am 19. November 2015 in der Rubrik „Éditorial" auf der Titelseite von *Le Figaro* publiziert. Der aus Paris stammende Autor Yves Thréard begann seine journalistische Karriere bei *Dauphiné Libéré* und *France-Soir*. Seit der Jahrtausendwende ist er für *Le Figaro* als stellvertretender Direktor der Redaktion tätig. Thréard sticht durch seine klare Positionierungen und Haltungen im Vergleich zu anderen Journalisten deutlich hervor. Er lehnt neben dem generellen Recht auf Abtreibung auch die Ehe und Adaption von gleichgeschlechtlichen Paaren ab. Seit November 2013 veröffentlicht Thréard auf *le figaro.fr* eine Videoreihe unter dem Namen „Répondez-moi", bei der er führenden Politikern Fragen zur aktuellen Regierungspolitik stellt. Des Weiteren lehrt er an der französischen Universität Science Po in Paris (ojim.fr Online (Zugriff 10.10.2016)).

Die Veröffentlichung des Artikels „La guerre continue" erfolgte anlässlich der Pariser Attentate vom 13. November 2015. Noch in der Nacht wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Am 16. November 2016 hielt der französische Präsident François Hollande eine Rede vor den Abgeordneten der französischen Nationalversammlung und des Senats. Der Autor Yves Thréard bezieht sich in seinem Artikel auf die Rede des Präsidenten.

Schon in der Überschrift (Z.1) wurde die Aussage des Präsidenten aufgegriffen und betont, dass der Krieg gegen den Terrorismus weitergeführt werden soll. Das Wort Krieg ist ein Schlüsselbegriff der Debatte, da er als Symbol für den Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) eingesetzt wird. In der Unterüberschrift: „Combien de groupes islamistes se cachent dans nos villes?"(Z.2-3) wird die Leitfrage des Artikels deutlich. Dabei wird der Gegner genannt: der Islamische Staat.

Die graphische Gliederung des Artikels in vier Textabschnitte entspricht der formalen Gliederung in vier Sinneinheiten. In der ersten Sinneinheit (Z.4-17) wird der Artikel durch die Würdigung der Arbeit der französischen Polizei und der Spezialeinheit zur Bekämpfung des Terrorismus eingeleitet. Hierbei bezieht sich der Autor auf einen erfolgreich durchgeführten Einsatz am 18. November in dem Pariser Vorort Saint-Denis. Der zweite Sinnesabschnitt ist eine Kampfansage gegen den organisierten Terrorismus (Z.18-29). Es wird betont, dass die zu ergreifenden Maßnahmen gegen die Attentäter ausgebaut werden müssen. Im dritten Sinnabschnitt wird dem Leser eine detailreiche Beschreibung geliefert, wie das Vorhaben gegen den Feind in dem durch den Präsidenten François Hollande erklärten Krieg umgesetzt werden kann (Z.30-42). Durch eine genaue Beschreibung der Herkunft und des Verhaltens der Personen wird ein Bild der Täter erzeugt. Im letzten Sinnesabschnitt wird von einer Verhaftung eines Attentäters berichtet (Z.43-60). Damit einhergehend wird die Notwendigkeit geschildert, verstärkte Kontrollen und erhöhte Sicherheitsmaßnahmen durchzuführen. Personen, die an einem Attentat beteiligt sind oder dieses planen, sollen in Zukunft frühzeitig erkannt und verhaftet werden.

Mehrere Diskursfragmente verschränken sich im untersuchten Artikel miteinander. Das Thema mit dem wichtigsten Stellenwert sind die Attentate in Paris im November 2015 (Z.4-17,Z.33-42). Damit spielt der Autor auf die Notstandsgesetzgebung und ihre Bedeutung für die nationale Sicherheit. Ein weiteres Diskursfragment ist die Debatte um die Herkunft der Attentäter. Hierbei wird besonders hervorgehoben, dass es sich um „islamistische Gruppierungen“ handelt (Z.40-41). Durch die Nennung des Beispielfalls “Abdelhamid Abaaoud“ wird Bezug auf die Debatte des Entzugs der doppelten Staatsbürgerschaft genommen. Diese wurde von Präsident François Hollande als mögliche symbolische Maßnahme zur Bestrafung der Attentäter am 16.November 2016 erwähnt.

Unterthemen, die angesprochen werden, sind die Ineffizienz der europäischen Sicherheitspolitik (Z.52-57), die Problemviertel in den Großstädten Frankreichs, die als Herd der Planung von terroristischen Attentaten gesehen werden (Z.34-35) und das aktive Engagement des französischen Militärs im Nahen Osten im Kampf gegen den Islamischen Staat (Z.39-42). Dieses Engagement wird als positiv bewertet.

Die Komposition der Sinnesabschnitte des Artikels ist logisch aufeinander aufgebaut. Nach der Einführung des Lesers in die Thematik durch den ersten Sinnabschnitt erfolgt im Hauptteil eine Argumentation für das Notstandsgesetz und gegen die Politik des amtierenden Präsidenten François Hollande. Der letzte Sinnabschnitt bildet den Schlussteil und ist als

Aufruf des Autors zu verstehen, gegen die aktuellen Zustände mittels einer Verschärfung des Notstandsgesetzes vorzugehen.

Auffällig ist, dass der Autor durch die Bildlichkeit seiner Ausdrucksweise mehrere Themenbereiche anspricht. Das semantische Feld des Krieges wird durch die Substantive „attaques“ (Z.13) „bataille“ (Z.19), „offensives“ (Z.23) und „armes“ (Z.37) unterstrichen. Außerdem erfolgt die Verwendung der Verben „assassiner“ (Z.33) „éradiquer“ (Z. 40), „ficher“ (Z.49) und „condamner“ (Z.49). Die Metaphern „semer la mort“ (Z. 25) und „loup solitaire“ (Z.30) verstärken die Wirkung und Grundstimmung des Textes, dass es sich hierbei um die Weiterführung eines Kampfes handelt, wie schon in der Überschrift „La guerre continue“ (Z.1) betont wird. Es wird der Begriff „kamikazes“ (Z.31) verwendet, der eine thematische Verbindung zu den Kamikaze- Fliegern aus dem Zweiten Weltkrieg herstellt.

Ein zweites Wortfeld, dem eine Vielzahl der verwendeten Ausdrücke zugeordnet werden kann, ist das Wortfeld der Jagd. Die Verben „se cacher“ (Z.21) und „échapper“ (Z. 50) fungieren hierbei als ausdrucksstarke Beispiele. Durch die Täter-Bezeichnung des „sinistre individu“ (Z. 49) , der im Schatten der Nacht voranschreitet und in Gruppen tötet (Z.32-33) , sowie keine Grenzen der Zerstörung kennt (Z.28-29), wird das Bild eines unmoralischen Verbrechers erzeugt, der gerade noch der Polizei entkommen konnte und schnellstmöglich in Gewahrsam gebracht werden soll.

Die Beschreibung der Attentäter erfolgt durch den Ausspruch „cellule djihadiste“ (Z.15-16). Diese Metapher kann dem Bildbereich des Organismus zugeordnet werden (Jäger 2015, 104). Die Angreifer werden außerdem mit Begriffen aus dem Tierreich beschrieben (z.B. „loup solitaire (Z.30), „les pedigree“ (Z.53)). Diese Begriffe verdeutlichen dem Leser, dass der Attentäter einer Beschreibung durch menschliche Begriffe nicht mehr würdig ist. Er wird zur Bestie herabgestuft.

Im ersten Abschnitt des Artikels wird das Kollektivsymbol des Fußballstadiums verwendet (Z.14). Ein Stadium kann als Symbol für die nationale Einheit betrachtet werden, da es alle Bürger egal welchen Standes oder Herkunft vereint. Außerdem kann das „Stade de France“ (Z.14) als Symbol für die internationalen Beziehungen Frankreichs gesehen werden. Zum Zeitpunkt des Attentates am 13. November 2015 hat dort das Fußballspiel Frankreich-Deutschland stattgefunden. Ein weiteres mit Bedeutung aufgeladenes Kollektivsymbol ist „Paris“ (Z.14). Paris repräsentiert als Ort des Geschehens der Anschläge auch Frankreich. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass Paris die Hauptstadt der französischen Republik ist. Zum anderen wird durch die zentralistische Verwaltung in Paris ein Großteil aller Entscheidungen getroffen, die das gesamte französische Staatsgebiet betreffen. Aus

diesem Grund wird die Hauptstadt auch als Herz Frankreichs bezeichnet. Ein weiterer Aspekt ist Paris als Sinnbild des künstlerischen und freien Lebens. Der französische Schriftsteller Victor Hugo sprach von Paris als „centre de humanité“ und „la ville sacrée“ (Actes et paroles 1870: 1).

Aus den oben genannten Beispielen ergibt sich, dass der Autor das Bild eines nicht mehr als Mensch angesehenen Attentäter vermittelt. Im Gegensatz dazu steht das Lob an die Einsatzkräfte der Polizei. Die Einsatzkräfte verkörpern den Rechtsstaat und die Einhaltung der staatlichen Regeln und Pflichten, sowie das Handeln im Hinblick auf gesellschaftlich akzeptierten Moralvorstellungen. Das Fundament hierfür legt beispielsweise der christliche Glaube mit seinem 5. Gebot: „Du sollst nicht töten“. Darüber hinaus ist zu erkennen, dass die Begriffe „notre sol“ (Z.37), „Moyen-Orient“ (Z. 42) und „internationale de l’islamisme“ (Z.40-41) als Begriffe der Abgrenzung dienen. Damit könnte sowohl auf eine Abgrenzung der französischen Bevölkerung von den Attentätern angespielt werden, als auch auf die Abgrenzung von Europa von den Staaten des Mittleren Orient. Abschließend ist im Bezug auf den Sprachstil zu konstatieren, dass der Artikel einfach und bildlich gehalten ist. Dabei erinnern die angesprochenen Themenbereiche und die verwendeten Symbole und Wörter, sowie die Argumentationslogik an den Aufbau einer Kriegsrede.

Die Zukunftsvorstellungen des Autor lassen sich in seinen formulierten rhetorischen Fragen erkennen: „Comment ses affidés, dont les pedigrees leur étaient aussi bien connus, ont-ils pu circuler et voyager à leur guise?“ (Z. 52-55). Die Frage, warum die der Polizei die bekannten Attentäter nicht an den Grenzübergängen hätte erkennen und aufgreifen können, spiegelt den Wunsch nach stärkeren Grenzkontrollen und möglichen Grenzschließungen wider. Außerdem impliziert dieser Wunsch, dass die Polizeiarbeit auf europäischer Ebene harmonisiert werden sollte.

3.2 Le Monde: „Sortir de l’urgence“

Der Artikel wurde am 25. November 2015 in der Rubrik *Éditorial* auf der Titelseite von *Le Monde* publiziert. Er ist in zwei Teile geteilt. Der erste Abschnitt befindet sich auf der Titelseite und der zweite Abschnitte auf Seite 27 der Tageszeitung.

Der Autor Jérome Fenoglio schreibt seit 1991 für *Le Figaro*, anfänglich in den Rubriken Gesellschaft, Wissenschaft und Sport. Ab 2009 wurde er zum *Grand Reporter*[6] und 2015 zum Direktor der Tageszeitung ernannt. Fenoglio veröffentlicht in regelmäßigen Abständen Leitartikel zu politisch aktuellen und brisanten Themen. Seine Stellung innerhalb der Zeitung lässt vermuten, dass seine Artikel und die darin enthaltenen Meinungsäußerungen auch als Ausdruck einer politischen Stellungnahme der Redaktion zu verstehen sind (lemonde.fr Online (Zugriff 29.09.2016)).

Der Anlass dieses Artikels sind die Attentate im Januar und November 2015 in Paris, sowie die Ausrufung des Ausnahmezustandes und die Debatte um die Einführung der Notstandsgesetze in die französische Verfassung.

Die Überschrift des Artikels „ Sortir de l'urgence" (Z.1) gibt dem Artikel eine Leitlinie. Der aussagekräftige Ausspruch „Raus aus dem Notstand" ist auch als Wortspiel zu verstehen. Hierbei wird auf der einen Seite auf den in Frankreich vorherrschenden „Etat d'urgence" angespielt, auf der anderen Seite auf die politische Situation Frankreichs und die Einschränkung der persönlichen Freiheiten durch die Notstandsgesetze. Dabei erinnert der Ausdruck „Sortir" an einen Notausgang. Die zweite Interpretationsmöglichkeit ist die Suche nach einem geeigneten Notausgang, um der Situation der Notstandsgesetzgebung zu entkommen.

Der Artikel ist in fünf Sinneinheiten gegliedert. Die erste Sinneinheit ist die Einleitung (Z.2-16), die Anlass und Hintergründe des Ausnahmezustandes in Frankreich erklärt. Anschließend zieht der Autor einen historischen Vergleich der aktuellen Situation in Frankreich zu den terroristischen Anschlägen des 11. September 2001 in den USA (Z.17-40). Die auf politischer Ebene gezogenen Konsequenzen des zwischen 2001 und 2009 amtierenden Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Georg Walker Bush, werden vom Autor aufgeführt und es wird das Ausmaß der Entscheidungen beleuchtet. Die dritte Sinneinheit spricht die innenpolitische Kehrtwende des französischen Präsidenten François Hollande an (Z.41-59). Der Autor positioniert sich gegen die Einführung der Notstandsgesetzgebung in die französische Verfassung durch einen kritisch-distanzierten Blick auf den Nutzen des Gesetzes. Das im Juli 2015 beschlossenen Gesetz *La Loi du 24 juillet 2015 relative au reinseignement* (vie-publique.fr (Zugriff 09.10.2016))[7] leitet den vierten Sinnabschnitt ein (Z.60-101). Im Anschluss beleuchtet Fenoglio die Beziehung der

[6] Ein *Grand Reporter* ist ein Journalist, der im Ausland stationiert ist und über die aktuellen Ereignisse der Welt berichtet. In Deutschland ist er dem *Auslandskorrespondenten* gleichzusetzen.

[7] zu deutsch: Gesetzt über die Speicherung und Sammlung von Informationen des französischen Geheimdienstes.

Attentäter und des Islams. Die fünfte Sinneseinheit bezieht sich auf die Außenpolitik Frankreichs und das Verhältnis zu Russland und Saudi-Arabien (Z.102-129). Im letzten Abschnitt benennt der Autor einen Vorschlag für eine zukünftige Entwicklung der Ereignisse. Dabei schlägt er vor, die außenpolitischen Beziehungen Frankreichs zu Saudi- Arabien zu überdenken.

Das Hauptthema der Attentate in Paris im Januar und im November 2015 geht mit der Ausrufung des Notstandes und der damit verbundenen Notstandsgesetzgebung einher. Es tritt eine Verschränkung der Diskursstränge der politischen Kehrtwende des Präsidenten Hollandes mit dem Diskurs der Modernisierung der französischen Verfassung auf. Die „politische Kehrwende" bezeichnet den Vorschlag des Präsidenten, im Falle eines Mitwirkens an einem terroristischen Attentat die doppelte Staatsbürgerschaft von gebürtigen Franzosen zu entziehen.

Der Diskursstrang weist diverse Diskursfragmente auf, die in dem hier untersuchten Kontext geringe inhaltliche Relevanz tragen. Berührungspunkte gibt es mit den Unterthemen des Einsatzes des französischen Militärs im Nahen Osten und den Attentaten in den Vereinten Staaten am 11. September 2001.

Der Vergleich der Attentate in Frankreich mit den Attentaten des 11. September 2001 dient dazu, dem Leser eine Vorstellung von dem Ausmaß politischer Entscheidungen zu geben. Die politische Lage Frankreichs wird in Zeile 16 bis 27 mit der damaligen Lage in den USA verglichen. Fenoglino spricht davon, dass es eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten bezüglich der Vorgeschichte und der aktuell entstehenden Risiken gibt. Der Autor spricht damit indirekt von den Risiken, die der Ausnahmezustand birgt. Er veranschaulicht seine Argumentation, in dem er von einem politischen Weg spricht, der von Fehlern und Lügen gepflastert wurde und der eine Serie von Desastern ausgelöst hat („un chemin pavé d'erreurs et de mensonges" (Z.23-24), „une série de désastres" (Z.29)).

Durch den Verweis auf Olivier Roy, französischer UNO-Gesandter, Diplomat und Politikwissenschaftler, Forschungsdirektor am Nationalen Forschungszentrum (CNRS) und Professor an der École des Hautes Études en Sciences Sociales in Paris (eui.eu, o.S.), führt Fenoglio ein Autoritätsargument an. Roy äußerte sich zu dem Thema der radikalen Islamisten und beeinflusst damit den Blickwinkel der Leser. Er sagt, dass es sich nicht um die Radikalisierung des Islams handelt, sondern um eine Islamisierung der Radikalität („la radicalisation de l'islam mais de l'islamisation de la radicalité" (Z.94-96)). Dies ist ein stichhaltiges Argument gegen die Stigmatisierung des Islams zum Inbegriff des Terrors.

Die Verwendung der Wortgruppe „danger imminent de nouvelles attaques“ (Z. 9-10), „reniements de l’Etat de droit“ (Z.26) und „renoncement à certaines libertés“ (Z.27) legt im ersten Teil des Artikels die Betonung sowohl auf die Gefahr der Attentate als auch auf die Gefahr des Notstandgesetzes. Die Verben „échapper“ (Z.34, Z.57) und „sortir (Z.35) manifestieren den Wunsch, aus den aktuellen politischen Umständen einen Ausweg zu finden. Im zweiten Teil des Artikels werden dem Leser lösungsorientierte Ansätze präsentiert. Fenoglio spricht von einer „stratégie de prévention des risques“ (Z.38), die es zu entwerfen gilt. Außerdem betont er, dass es tiefgreifende Recherchen über die Beweggründe der Attentäter geben sollte (Z.40) Das Faktenargument, dass jede dritte Person unter den bisher bekannten europäischen Attentätern aus Frankreich stammt (Z.96-98), verstärkt die Aussage, tiefgründige Recherchen über den Ursprung und die Beweggründe des Terrorismus durchzuführen.

Eine ablehnende Haltung gegenüber der Einführung der Notstandsgesetze in die französische Verfassung belegen die Aussprüche: „certaines libertés ne peuvent pas être tolérées que sur une très brève période de temps“ (Z.46-47) und „Cela reviendrait à institutionnaliser l’urgence au lieu de mettre en place de moyen d’y échapper“ (Z.54-57). Präsident François Hollande wird als „chef de guerre“ (Z.103) bezeichnet, womit auf die Rede des Präsidenten vor der französischen Nationalversammlung am 16. November 2015 Bezug genommen wird.

Durch die verwendeten Inhalte und sprachlich-rhetorischen Mittel wird die Vorstellung beim Leser erzeigt, dass der Mensch nicht durch die Gesetze eines Staates in seinen Freiheiten eingeschränkt werden will (Z.45-47). Dieses Menschenbild lässt sich auf das allgemeine Gesellschaftsverständnis übertragen. Der Staat darf keine Einschränkung der Freiheiten vornehmen. Das französische Parlament sollte nicht von der Regierung in politischen Entscheidungen übergangen werden. Dies würde zu einer Legitimierung undemokratischen Handelns führen (Z.81-83). Der Autor positioniert sich damit für einen Erhalt der Demokratie und der republikanischen Werte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ der französischen Nation.

Bezüglich der Zukunftsvorstellungen merkt Fenoglio an, dass erneute Attentate nicht ausgeschlossen sind (Z.60-61). Aus diesem Grund besteht die Notwendigkeit eine Vorbeugestrategie zu entwerfen. Der Autor spricht in diesem Kontext von einer Neuorientierung im Hinblick auf die französischen außenpolitischen Beziehungen zu Saudi-Arabien.

4. Auswertung

Nach der Auswertung der insgesamt 49 Artikel konnte festgestellt werden, dass eine diskursive Verschränkung der Debatte über die Legitimität der Notstandsgesetzgebung und der Debatte über den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft aufgetreten ist. Dabei wurden deutlich mehr Artikel zu dem ersten Themenkomplex veröffentlicht, als zu dem zweiten Themenkomplex. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass der Debatte über die Einführung der Gesetzgebung in dem untersuchten Zeitraum mehr mediale Präsenz eingeräumt wurde, als der Debatte über den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft.

Während in beiden Zeitungen im November 2015 sehr viele Artikel zum Thema der Notstandsgesetze veröffentlicht wurden, schwand das Medieninteresse deutlich ab Dezember 2015. Für einen erneuten Aufwind sorgte das Wiederaufleben der Debatte über die Legitimität des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft 2016. Das Augenmerk richtet sich auf die Vereinbarkeit der Notstandsgesetzgebung mit den Gesetzen und Werten der französischen Republik im Zuge einer Verfassungsänderung. Das Ende der Debatte wurde durch die Ablehnung des Parlamentes gegenüber der Einführung der Notstandsgesetzgebung im Februar 2016 und die Ablehnung des Entzugs der doppelten Staatsbürgerschaft im März 2016 markiert.

Im Zuge der Debatte werden zahlreiche Nebendiskurse angesprochen. Diese nehmen einen großen inhaltlichen Raum in der Berichterstattung ein. Die Frage nach den Auswirkungen der Debatten und den Zusammenhängen mit dem Erstarken rechtsradikaler politischer Tendenzen, begleitet den Diskurs. Dabei spielt das Thema der anstehenden Regionalwahlen im Dezember 2015 und des parteiinternen Konfliktes der Parti Socialiste eine Rolle. Sie beeinflussen den Diskurs und lenken die mediale Aufmerksamkeit auf die Regierungspolitik von Präsident François Hollande.

In der Analyse ließen sich signifikante Unterschiede in der Positionierung der beiden Zeitungen erkennen. *Le Figaro* legt den Schwerpunkt auf die Aussagen, dass die Sicherheit Frankreichs und seiner Bürger an oberster Stelle stehe. Die angedachte Verfassungsreform ist eine sicherheitspolitische Maßnahme, um das öffentliche Allgemeinwohl zu wahren. Damit positioniert sich *Le Figaro* in 13 von 25 Artikeln für die Einführung der Notstandsgesetzgebung in die französische Verfassung.

Le Monde legt den Schwerpunkt auf die Aussage, dass die persönliche Freiheit eines jeden Bürgers durch die Notstandsgesetzgebung eingeschränkt wird. Außerdem wird in 15 von 24 Artikeln angeführt, dass die Maßnahmen nicht mit den Werten der französischen Verfassung

vereinbar sind. Die Gastbeiträge von den Professoren und Regierungsrat-Mitgliedern Olivier Beaud, Jean-Pierre Béaud und Jean-Eric Callon verstärken durch ihre aufklärende Berichterstattung und Meinungsäußerung die Tendenz einer skeptischen Betrachtung der Notstandsgesetzgebung. Hierbei wird außerdem betont, dass eine emotionale Reaktion im Angesicht der zeitnah stattgefundenen Attentate eine Ausnahmeregelung nicht zum Dauerzustand erklären kann. Im Vergleich zur Berichterstattung von *Le Figaro* konnte festgestellt werden, dass die Aussage „La France est en guerre" des Präsidenten François Hollande weniger präsent in den untersuchten Artikeln von *Le Monde* ist. Außerdem stellt sich *Le Monde* gegen die Forderung von führenden Politikern (zum Beispiel Philippe de Villiers) „Hassprediger" sofort auszuweisen.

Die Debatte über den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft bei gebürtigen Franzosen wird in beiden Zeitungen unterschiedlich dargestellt. *Le Figaro* legt die Betonung auf die Aussage, dass der Präsident Hollande mit dieser Forderung einen Bruch mit den Werten seiner Partei (PS) und vor allem mit dem Bodenrecht der französischen Nation begangen hat. Die Frage nach der Glaubwürdigkeit und der Authentizität der aktuellen Regierung wird aufgeworfen. *Le Figaro* lehnt den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft ab. Im Gegensatz dazu fokussiert die Berichterstattung von *Le Monde* den Verstoß gegen die republikanischen Prinzipien der französischen Republik. Daran schließt sich die Warnung vor einer Stigmatisierung und Teilung der französischen Bevölkerung in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft an. *Le Monde* steht dem Vorschlag des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft ablehnend gegenüber. An diesem Punkt sind beide Zeitungen einig.

Auf der sprachlichen Ebene ist festzustellen, dass *Le Monde* zum großen Teil auf Kollektivsymbole und Metaphern verzichtet. Der Bildbereich des Krieges wird sparsam verwendet. Meist wird dadurch die Gefahr erneuter Attentate betont. *Le Figaro* enthält dagegen tendenziell mehr Kollektivsymbole. Die Mehrzahl der Artikel verwendet eine bildliche Sprache, diese bezieht sich auf den Bildbereich der Jagd. Der Eindruck wird durch die Aussage verstärkt, dass sich Frankreich im Krieg befände und die von der Regierung eingeführten Sicherheitsmaßnahmen benötige. Im Rahmen dessen wird die Wichtigkeit von Grenzkontrollen und Grenzschließungen, um Attentäter früher stoppen zu können, betont.

Durch ihre zeitliche Parallelität und die Überlappung ihrer thematischen Inhalte, weisen die beiden Diskurse diverse Verschränkungen auf. In 32 von 49 Artikeln wurden beide Debatten genannt und thematisch verknüpft. Dadurch, dass der Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft von Präsident François Hollande als sicherheitspolitische und symbolische Maßnahme angedacht wurde, tritt eine Verschränkung mit den angedachten Maßnahmen des

Notstandgesetzes auf. Durch die Verschränkung der beiden Diskurse kommt es zu einer Verstärkung der Diskurspositionen der Zeitungen, sich tendenziell ablehnend (*Le Monde*) oder tendenziell annehmend (*Le Figaro*) zu den Notstandsgesetzen zu positionieren. Beiden gemein ist der kritisch-distanzierte Blick gegenüber der Politik François Hollandes. In 38 von 49 Artikeln wird Unmut gegen die aktuelle Regierungssituation geäußert.

Durch die genannten Beispiele und Beobachtungen ist zu schlussfolgern, dass der Großteil aller Diskursfragmente von *Le Monde* eine ablehnende Position gegenüber der Einführung der Notstandsgesetze in die französische Verfassung vertreten. Die Zeitung vertritt die Stellung eines Kritikers und Skeptikers und versucht die Regierungsmaßnahmen von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Vermehrt wurde außerdem auf die Tendenz zur Stigmatisierung der Attentäter und das Schüren von Vorurteilen und rechtsradikalen Gedanken gegenüber dem Islam aufmerksam gemacht.

Le Figaro hingegen richtet einen kritischen Blick auf beide Debatten. Stark kritisiert wird in nahezu jeder Hinsicht das politische Handeln des Präsidenten François Hollande und der PS. Besonders die Artikel von den Autoren Yves Thrénard und Paul-Henri du Limbert sind als rechts-konservativ zu verorten, sowie die Leitartikel, Analysen und Debatten. Dabei wird deutlich Kritik am Präsidenten geübt.

5. Fazit

Das Ziel dieser Arbeit war es, den medialen Diskurs auf seine Wirkungs- und Darstellungsweisen zu prüfen. Dabei wurde eine diskursive Verschränkung zwischen der Debatte des „Etat d'urgence" und der Debatte über den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft aufgezeigt. Beide Debatten mündeten in einer Debatte über eine mögliche Änderung der französischen Verfassung.

Der aufgetretene diskursive Knoten, die thematischen Überschneidungen, verstärkten die getroffenen Aussagen und die politischen Inhalte der Debatte. Die politische Kehrtwende des Präsidenten wurde besonders thematisiert. Beide Debatten kreuzten und verschränkten sich in der Kritik an der aktuellen Regierungspolitik. Die durch den Präsidenten angestrebte „Unité Nationale" konnte nicht erzielt werden. Stattdessen wurden die Schwachstellen der Notstandsgesetzgebung und im übertragenden Sinne auch die Schwachstellen des Präsidenten aufgedeckt.

Die Methode der kritischen Diskursanalyse in Anlehnung an Siegfried Jäger bildete eine gute Grundlage, um den Diskurs sowohl in einen konstitutionellen Rahmen zu setzen, als

auch seine sprachlichen Ebenen zu untersuchen und die Argumentationslogik nachzuvollziehen. Dadurch konnte der Diskurs auf seine Machtwirkung überprüft werden. In der durchgeführten Analyse konnten die zuvor aufgestellten Thesen bekräftigt werden. Der Diskurs von *Le Figaro* präsentiert sich als gespalten. Die Einführung der Notstandsgesetzgebung wird als positiv bewertet, während ein möglicher Entzug der doppelten Staatsbürgschaft wird jedoch einheitlich abgelehnt wird. Im selben Atemzug wird für eine Verstärkung der eingeführten Sicherheitsmaßnahmen und für stärkere Grenzkontrollen plädiert. Außerdem wird die kollektive Sicherheit des Staates über die Freiheit des einzelnen Bürgers gestellt. Dies deckt sich mit den aktuellen Forderungen der als konservativ-rechts geltenden *Les Républicains* (LR). Vereinzelt wurden auch Forderungen der rechtsextremen Partei *Front National* (FN) aufgegriffen. Dies blieb jedoch eher eine Ausnahme. Der ablehnende Diskurs gegenüber dem Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft deckt sich nicht mit den Forderungen von LR.

Le Monde führt einen liberalen und lösungsorientierten Diskurs. Dabei wurde die aktuelle Regierungspolitik relativiert François Hollandes zwar kritisiert, jedoch in einem weniger harten ton, als ihn *Le Figaro* anschlägt. Die vertretenen Meinungen sind größtenteils einheitlich durch das Deutungsmuster „Ablehnung“ geprägt. Dies gilt sowohl für die Debatte um die Einführung der Notstandsgesetzgebung als auch für den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft. *Le Monde* nimmt damit die Stellung des Kritikers und Aufklärers ein, der die Debatte über den „Etat d’urgence“ in einen globalen Kontext setzt. Dabei werden die gesellschaftlichen und historischen Hintergründe beleuchtet und Expertenmeinungen einbezogen. Es wird auf die Gefahr der Stigmatisierung der Attentäter in Verbindung mit dem Islam und auf eine potenzielle Verstärkung von Stereotypen hingewiesen. Die in *Le Figaro* tendenziell emotional geführte und teilweise durch das semantische Wortfeld des Krieges geprägte Argumentation, wird in *Le Monde* sachlich und faktenbasiert durchgeführt. Dies verstärkt den Charakter der als links-liberal geltenden Tageszeitung.

Die Debatte über den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft wird sehr häufig mit der Debatte über die Notstandsgesetzgebung in Verbindung gesetzt. Die dabei aufgetretene diskursive Verschränkung führte zu einer Verstärkung des Bildes der „politischen Kehrtwende“ des Präsidenten. Die Frage nach der Authentizität und der Glaubwürdigkeit von François Hollande wird in den Raum gestellt. Dies bekräftigt die Aussage, dass der Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft in *Le Figaro* und *Le Monde* als ein Bruch mit den Werten der Parti Socialiste (PS) wahrgenommen wird. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf den

Verstoß gegen das Geburtsortsprinzip und auf den Verstoß gegen die Allgemeine Menschenrechtsverordnung von 1948 gelegt.

Betrachtet man die weitere Entwicklung des Diskursstrangs nach Ende des Untersuchungszeitraumes im März 2016, so wird deutlich, dass die Debatte über den „Etat d'urgence" noch nicht abgeschlossen ist. Durch die erneuten Verlängerungen im Mai und Juli 2016 wurde die Frage aufgeworfen, ob aus dem ursprünglichen Notstand ein Dauerzustand wird. Das am 14. Juli 2016 stattgefundene Attentat in Nizza und die erhöhten Sicherheitsmaßnahmen während der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich trugen erheblich zu der Entscheidung für eine Verlängerung bei. Kritische Stimmen, wie der Richter und Essayist Denis Salas, warnten vor einer Banalisierung des Notstandes (Salas 2016: 1).

Interessant ist eine Betrachtung der Ergebnisse der Diskursanalyse in Hinblick auf die französischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017. Das in der Diskursanalyse festgestellte Bild des Präsidenten, der Mühe hat, einen adäquaten Umgang mit dem Notstand zu finden und der gegen die Werte und Prinzipien seiner eigenen Partei verstößt, spiegelt sich auch in den Umfrage-Ergebnissen wider. Nur 14% der Franzosen waren im Oktober 2016 zufrieden mit ihrem Präsidenten. 85% der befragten Personen äußerten, dass sie unzufrieden mit dem Präsidenten François Hollande seien (IFOP: 2015: 3-12). Hierbei kann aufgrund der Ergebnisse der in dieser Arbeit ausgeführten Diskursanalyse davon ausgegangen werden, dass der in den Printmedien geführte Diskurs eine Verstärkung des Deutungsmusters der „Ablehnung" gegenüber dem Präsidenten François Hollande erzielt hat.

Dies wird auch in den Umfrage-Ergebnisse im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2017 deutlich. François Hollande erhält als Vertreter der Parti Socialiste (PS) nur 14,1 % der Stimmen. Er ist damit fast gleichauf mit Jean-Luc Mélenchon (12,1%), Mitglied der Parti de gauche (PG). Eindeutiger Favorit ist bisher Alain Juppé, langjähriger Bürgermeister von Bordeaux und Vertreter der Partei Les Républicains (LR). Er erlangte 35,5 % aller Stimmen. Ein beunruhigendes Ergebnis von 28,0 % erzielte die rechtsextreme Partei Front National mit ihrer Vorsitzenden und Kandidatin Marine Le Pen (vgl. IFOP 2015: 7).

Ob der „Etat d'urgence" im Januar 2017 endet bleibt noch offen. Die Gefahr, die durch terroristische Attentate ausgeht, kann nicht von heute auf morgen gebannt werden. Es bedarf einer langfristigen Strategie, die sowohl Sicherheits- als auch Vorbeugemaßnahmen beinhaltet. Die Notstandsgesetzgebung scheint dafür langfristig nicht geeignet zu sein. Ein Vergeltungsschlag Frankreichs mit einer Verstärkung des Einsatzes in Syrien im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) stellt ebenfalls keine ganzheitliche Lösung dar. Eine angemessene Reaktion auf die terroristischen Anschläge zu finden, ist die Aufgabe des 21.

Jahrhunderts geworden. Das größte Problem dabei ist nur, dass das Ausmaß und die Herkunft des Terrorismus schwer zu erfassen sind. Für dieses Problem benötigt Europa und damit auch Frankreich einen überlegten und langfristigen Lösungsweg. Diese Aufgabe obliegt bald der neuen französischen Regierung, in der Hoffnung, dass aus dem Notstand kein Dauerzustand wird und, dass globale und lösungsorientierte Sichtweisen sich gegen Angst und Unsicherheit durchsetzen.

6. Literaturverzeichnis

Artikelverzeichnis

Alle Artikel der Zeitungen *Le Monde* und *Le Figaro* wurden der Datenbank des Pressearchivs des deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg entnommen [Zugriff 07.- 08.09. 2016].

Le Monde

Bérard, Jean-Pierre: „La modification de la Constitution va ralentir la riposte française“, 21.22.2015

Beaud, Olivier: „Il ne faut pas constitutionnaliser l'état d'urgence“, 02.12.2015

Bekmezian, Hélène: „Vers une „révision“ de la loi sur l'état d'urgence“, 17.11.2015

Bekmezian, Hélène: „L'Assemblée renforce l'état d'urgence“, 21.11.2015

Bekmezian, Hélène : „Déchéance de la nationalité : l'ídée qui passe mal“, 04.12.2015

Bonnefous, Bastien: „Etat de guerre : jusqu'où peut aller Hollande“, 17.11. 2015

Bonnefous, Bastien: „Le virage sécuritaire de Hollande: Un nouveau régime d'“état de crise“ : François Hollande a annoncé vouloir “faire évoluer“ la Constitution pour “permettre aux pouvoirs public d'agir“, 18.11.2015

Borredon, Laurent : „Revirement politique sur la déchéance de nationalité“, 18.11.2015

Borredon, Laurent : „Les militants de la COP21, cible de l'état d'urgence“, 28.11.2015

Callon, Jean-Eric: „Oui, il faut réviser la Constitution: La révision de l'article 36 est indispensable“, 08.12.2015

François, Bastien: „La séparation des pouvoirs mise à mal: L'état d'urgence es un régime administratif, à la main du gouvernement. Doté des pleins pouvoirs policiers“, 22.12.2015

Fenoglio, Jérôme: „ Sortir de l'urgence“, 25.11.2015

Follorou, Jacques: „Un Etat sans garde-fous, comme en rêve le FN : les pouvoirs publics répondent à l'émotion de l'opinion en bouleversant les équilibres fondamentaux qui garantissent nos libertés“, 15.12.2015

Jacquin, Jean-Baptiste: „Etat d'urgence: le projet de loi voté en accéléré : “D'autres libertés peuvent être temporairement limités“, a déclaré M. Valls, jeudi, à l'Assemblée nationale“, 20.11.2015

Jacquin, Jean-Baptiste: „Christine Taubira joue les équilibristes: La garde des sceaux tente de contourner le discours martial de François Hollande“, 22.11.2015

Jacquin, Jean-Baptiste : „L'état d'urgence sera soumis au Conseil constitutionnel“, 13.12.2015

Jacquin, Jean-Baptiste: „L'impossible sortie de l'état d'urgence: L'échéance est fixée au 26 février“, 02.01.2016

Jacquin, Jean-Baptiste: „Taubira assume le virage sécuritaire“, 08.01.2016

Johannès, Franck: „Ce que contient la loi sur l'état d'urgence“, 24.11.2015

Montvalon, Jean- Baptiste de: „Libertés: pour les politiques, le débat doit attendre“, 29.11.2015

Pascual, Julia: „Après trois mois d'état d'urgence, un bilan contesté et mitigé", 26.2.2016
Pécout, Adrien : „Les anti-état d'urgence s'organisent", 27.11.2015
[o.A.] : „Déchéance de nationalité: Attention, danger", 03.12.2015
[o.A.]: „Ne pas se résoudre à l'exception : état d'urgence", 22.12.2015

Le Figaro

Bourmaud, François- Xavier: „Le gouvernement veut créer un "régime civil d'état de crise", 18.11.2015
Bourmaud, François- Xavier : „La déchéance de nationalité provoque un débat houleux au sein de la gauche", 04.12. 2015
Du Limbert, Paul-Henri: „Impitoyable? : Une vision rousseauiste de la justice", 16.11.2015
Gonzalès, Paule: „Les magistrats mettent en garde à propos des limites de l'état d'urgence", 18.11.2015
Huet, Sophie: „État d'urgence: quasi- unanimité à l'Assemblée: Les députés ont voté la prolongation de ce dispositif exceptionnel pour faire face aux attentats", 20.11. 2015
Huet, Sophie: „La majorité sénatoriale réservée sur une réforme de la Constitution", 21.11.2015
Huet, Sophie : „ La déchéance de nationalité passe très mal à gauche", 03.12.2015
Jaigu, Charles: „Hollande veut redéfinir l'état d'urgence: Le président souhaite faire évoluer la Constitution en réécrivant l'article 36 qui ne porte que sur l'état de siège", 17.11.2015
Jaigu, Charles: „Sarkozy durcit le ton contre le chef de l'état", 16.11.2015
Laine, Mathieu: „ Oui à l'état d'urgence, car il n'y a pas de liberté dans sécurité", 01.12.2015
Leclerc, Jean- Marc: „Ce que les experts pensent du plan Hollande", 18.11.2015
Mignon, Emmanuelle: „Mais pourquoi réformer la Constitution?", 18.11.2015
Perrault, Guillaume: „France: l'État de droit face au terrorisme islamiste", 16.11.2015
Perrault, Guillaume: „Réviser la Constitution pour s'armer contre le terrorisme?", 19.11.2015
Rovan, Anne: „François Hollande décrète l'état d'urgence", 14.11.2015
Rovan, Anne: „ L'exécutif propose de renforcer l'état d'urgence", 19.11.2015
Rovan, Anne: „ Taubira, un malaise perceptible: La garde des Sceaux a pris des distances avec la déchéance de nationalité, proposé par Hollande", 19.11.2015
Royer, Solenn de: „Hollande assure que "la République détruira le terrorisme", 17.11.2015
Royer, Solenn de: „ François Hollande veut prouver sa détermination : Le chef de l'État, qui souhaite prolonger l'état d'urgence de trois mois, annoncera lundi après-midi des mesures de riposte", 16.11. 2015
Tabard, Guillaume: „Un casse-tête chaque jour un peu plus inextricable: La déchéance de nationalité", 07.01.2016
Tabard, Guillaume: „ Déchéance, radicalisation: les impératifs de Valls", 21.03.2016
Thréard, Yves: „La guerre continue", 19.11.2015
Thréard, Yves: „ Le combat continue", 19.03.2016
Thréard, Yves: „ Avertissements: On ne peut se passer du renseignement humain", 21.03.2016
Zennou, Albert : „ Le Français prêts à limiter leurs libertés pour plus de sécurité: Selon un sondage Ifop 84% de Français accepteraient davantage de contrôles", 18.11.2015

Sonstiges:

Gandini, Jean- Jaques : „Vers un état d'exception permanent" in : *Le Monde diplomatique,* Januar 2016. N°742, 63.

Sekundärquellen

Bonn, Gisela. *Neue Welt am Atlas: Was geht vor in Marokko, Algerien, Tunesien.* Wiesbaden: Brockhaus, 1956. Print.

Clayton, Anthony. *The Wars of French Decolonization*. London: Longman, 1994. Print.

Gröne, Maximilian, and Frank Reiser. *Französische Literaturwissenschaft: Eine Einführung*. Vol. 3. Tübingen: Narr, 2012. Print.

Klose, Fabian. *Menschenrechte Im Schatten Kolonialer Gewalt: Die Dekolonisierungskriege in Kenia Und Algerien 1945-1962*. München: Oldenbourg, 2009. Print.

Jäger, Margarete, and Siegfried Jäger. *Deutungskämpfe: Theorie Und Praxis Kritischer Diskursanalyse*. Wiesbaden: VS, Verl. Für Sozialwiss., 2007. Print.

Jäger, Siegfried. *Kritische Diskursanalyse Eine Einführung*. Münster: Unrast, 2015. Print.

Ders. *Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung*. Münster, Westf: Unrast, 2012. Print.

Ders. *Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung*. Duisburg: DISS, 1999. Print.

Link, Jürgen. *Kleines Begriffslexikon*. KuluRRevolution 11, 1986. S. 71. Print.

ders. *Normalismus – Konturen eines Konzepts*. KultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte diskurstheorie. 27, 1992. S.50-71. Print.

Lüsebrink, Hans-Jürgen. *Französische Kultur- Und Medienwissenschaft: Eine Einführung*. Tübingen: Narr, 2004. Print.

Harbi, Mohammed. *Le F.L.N.: Mirage et Réalité*. Paris: Editions J.A., 1980. Print.

Stora, Benjamin, and Linda Amiri. *Algériens en France: 1954-1962: La Guerre, L'exil, La Vie*. N.p.: n.p., n.d. Print.

Thénault, Sylvie. *Histoire de la Guerre d'indépendance Algérienne*. Paris: Flammarion, 2005. Print.

Thénault, Sylvie, Jean-Jacques Becker, and Pierre Vidal-Naquet. *Une Drôle de Justice: Les Magistrats dans la Guerre D'Algérie*. Paris: la Découverte, 2004. Print.

Weil, Patrick. *Qu'est-ce Qu'un Français?: Histoire de la Nationalité Française Depuis la Revolution*. Paris: Grasset, 2002. Print.

Aufsätze in Sammelbänden

Baumann, Mathilde : "Frankreich: Republikanisches Vermächtnis Trifft Auf Moderne Bedrohungen." in *Europäisierung Der Inneren Sicherheit: Eine Vergleichende Untersuchung Am Beispiel Von Organisierter Kriminalität Und Terrorismus*. Wiesbaden: VS Verlag Für Sozialwissenschaften, 2005. 64-68. Print.

Aufsätze in Zeitschriften

Jöckel, Wolf : “Frankreich im Ausnahmezustand“, in *Knoten- Ein Organ des Carolus-Magnus-Kreises* 29 ,1 (2016): S. 26-33.

Link, Jürgen: “Kleines Begriffslexikon“, in *KuluRRevolution* 11 (1986): S. 71.

Salas, Denis: „La Banalisation dangereuse de l’état d’urgence“, in *Etudes* 3 (2016): S. 29-39.

Sarthou-Lajus, Nathalie: „Les politiques face à l’état d’urgence“, *Études* 10 (2011): S. 292-294.

Edition Esprit: „Éditorial. Vers un état d’urgence permanent?“, *Esprit* 2 (2016): S. 3-10.

Internetreferenzen

Cazeneuve, Le Drian, Urovas (2016): „La Lutte contre le Terrorisme“ auf: Webseite der französischen Regierung <http://www.gouvernement.fr/action/la-lutte-contre-le-terrorisme> [Zugriff 01.10.2016].

Gallmeyer, Kerstin: „Le Pen verhindert- vorerst“ auf der Webseite der Tagesschau <https://www.tagesschau.de/ausland/frankreich-regionalwahl-111.html> [Zugriff 15.10.2016].

Gnade, Simona (2013): „Problemgebiet Banlieue: Konflikte und Ausgrenzung in den französischen Vorstädten“ auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung < http://www.bpb.de/internationales/europa/frankreich/152511/problemgebiet-banlieue> [Zugriff 20.09.2016].

Wiegel, Michael. "Frankreich in Schockstarre: Mitten Ins Herz." *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. N.p., 07 Jan. 2016. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/terroranschlag-in-paris-ein-schwarzer-tag-13358003.html> [Zugriff 22.09.2006].

Equy, Laure. "Déchéance De Nationalité : Des Députés PS "mal Dans Leurs Pompes"" *Liberation.fr*. N.p., 2 Dec. 2015. http://www.liberation.fr/france/2015/12/02/decheance-de-nationalite-des-deputes-ps-mal-dans-leurs-pompes_1417803> [Zugriff 26.09.2015].

Ifop. "Les Réaction Des Français Aux Attentats Du 13 Novembre." *Ifop*. N.p., 18 Nov. 2015. Web. http://www.ifop.com/?option=com_publication&type=poll&id=3202 [Zugriff 22.10.2016].

o.A. : „La France à l’action face à la crise migratoire“ auf der Webseite der französischen Regierung <http://www.gouvernement.fr/la-france-a-l-action-face-a-la-crise-migratoire-2817>[Zugriff 01.10.2016].

o.A.: „Olivier Roy“ auf der Webseite des Eruopean University Institut <http://www.eui.eu/DepartmentsAndCentres/PoliticalAndSocialSciences/People/Professors/Roy.aspx> [Zugriff 12.10.2016].

o.A.: „ Loi du 24 juillet 2015 relative au renseignement“ auf der Webseite vie-publique < http://www.vie-publique.fr/actualite/panorama/texte-discussion/projet-loi-relatif-au-renseignement.html>[Zugriff 01.10.2016].

o.A.: „Jérôme Fenoglio“ auf der Webseite von Le Monde < http://www.lemonde.fr/journaliste/jerome-fenoglio>[Zugriff 29.09.2016].

o.A.: „Yves Thréard“ auf der Webseite des Observatoire des journalistes et de l’information médiatique < http://www.ojim.fr/portraits/yves-threard/> [Zugriff 29.09.2016].
o.A.: „François- Xavier Bourmaud“ auf der Webseite Edition Archipel <http://www.editionsarchipel.com/auteur/francois-xavier-bourmaud/> [Zugriff 25.09.2016].
oA.: „Staatsbürgerschaftsrecht: Die französische Staatsangehörigkeit“ auf der Webseite < http://www.ambafrance-de.org/Staatsburgerschaftsrecht-Die-franzosische-Staatsangehorigkeit> [Zugriff 10.10.2016].

Gesetzestexte

Loi n° 55-385 du 3 avril 1955 relative à l’état d’urgence < https://www.legifrance.gouv.fr/jo_pdf.do?id=JORFTEXT000000695350> [Zugriff 01.08.2016].
Loi n°2015-1501 du 20 novembre 2015 prorogeant l’application de la loi n°55-385 du 3 avril 1955 relative à l’état d’urgence et renforçant l’efficacité de ses dispositions < https://www.legifrance.gouv.fr/eli/loi/2015/11/20/INTX1527699L/jo/texte> [Zugriff 01.08.2016].
Resolution der Generalversammlung: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 10. Dezember 1948 < http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> [Zugriff 20.10.2016].

Sonstige (Rede)

Hollande, François (2015): Déclaration du président de la République à la suite des attaques terroristes à Paris. Elysée : 13. 11. 2015.

Tabelle 1: Debatte „Etat d'urgence" Le Figaro

Überschrift	**Datum und Seite**	**Inhalt**	**Aussagen**	**Position**	**Auffälligkeiten**	**Nummer**
François Hollande décrète l'état d'urgence	14.11.2015 S.3 (Signatur 936, 180)	Informationen über Attentate; Zitate von Hollande; Verbindung zu Charlie Hebdo; COP21; Regionalwahlen	Ausnahmezustand ausgerufen; Frankreich muss sich wehren; Sicherheit oberstes Ziel, Grenzschließungen und erhöhte Kontrolle	informativ	Symbol:Grenze (Grenze zum Feind errichten)	1
France: l'Etat de droit face au terrorisme islamiste	16.11.2015 S.23 (Signatur 180, 930, 936)	Dilemma der liberalen Demokratie; Maßnahmen zur Sicherheit durchführen; geschichtliche Einordnung des Gesetzes	„Liberale Gedanke" als Bedrohung im Parlament; Regierung Machtlos; Etat d'urgence scheint nicht angebracht	Kritisch betrachtend, Etat d'urgence? Welche folgen?	„Analyse" Präsident wird kritisiert	2
Hollande assure que „la République détruira le terrorisme"	17.11.2015 S. 2-3 (Signatur 180, 350, 936)	Präsident spricht von „La France en guerre"; Kriegerische Rede; Sicherheitsmaßnahmen; Artikel 6 und 36 müssen angepasst werden ; Koalition gegen den IS	Verlängerung für drei Monate angekündigt; Gesetzesentwurf; Alles für die Sicherheit der Nation	Für die Verlängerung des Etat d'urgence; Verstärkung der Truppen in Syrien	Begriffe „guerre" „Marseillaise" Ausdrücke: „nous devons être impitoyable, répondre avec la détermination froid qui convient..." Präsident kritisiert	3
Hollande veut redéfinir l'état d'urgence: Le président souhaite de faire évoluer la constitution	17.11.2015 S.5 (Signatur 936, 180)	Kein Gesetz an die bisherige Situation angepasst; Hollande offen für die Arbeit, die Balladour begonnen hatte (Reformierung der Verfassung)	Verfassung soll angepasst werden; Für 2016 vorgesehen Wandel in der Politik von François Hollande	Für die Verfassungsänderung	Anspielung Algerienkrieg	4
Le gouvernement ne veut créer un „régime civil d'état de crise"	18.11.2015 S.2 (Signatur 936, 180)	Vorschlag für den Kampf gegen der Terrorismus: „régime civil d'état de crise" Konstitutionelle Reform angedacht; Erklärung wie der Entwurf	Ausnahmemaßnahmen, Verstößt gegen europäische Richtlinien; Langfristige Lösung?; Frage Limit zwischen Freiheit und Sicherheit	Für die Verfassungsänderung		5

		sein soll; 588 Franzosen derzeit im Irak				
Les magistrats mettnt en garde à en propos des limites de l'état d'urgence	18.11.2015 S.7 (Signatur 180, 936)	Staatsanwälte und Richter äußern sich zum Etat d'urgence; Problem der Mittel zur Durchsetzung der Sicherheitsmaßnahmen	Anerkennung des Nutzens; Trotzdem Vorsicht	objektiv		6
Mais pourquoi réformer la constitution?	18.11.2015 S. 18 (Signatur 180, 936)	Verfassung reformieren? Aber wie? Gegen den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft	Hollande agiert gegen seine eigene Partei; Juristische Mittel müssen angepasst werden; In drei Monaten kann man das Problem nicht bekämpfen	Gegen die Vorschläge von Hollande, aber auch gegen die Reform ; Für eine Stärkung der Sicherheit	„Débats"	7
Réviser la constitution pour s'armer contre le terrorisme?	19.11.2015 S.19 (Signatur 180, 936)	Etat d'urgence modernisieren, anpassen, verlängern für drei Monate Hollande Vorschlag des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft	Geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrors finden; Präsident ist keine Stütze	Gegen die Politik Hollande Für eine Reformierung der Verfassung	„Analyse"	8
État d'urgence quasi-unamité à l'assemblé	20.11.2015 S. 6 (Signatur 180, 936)	Fast allgemeine Zustimmung für die Verlängerung; 551 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen; „Sicherheitsumschwung" des Präsidenten, Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft	Verlängerung beschlossen; Frankreich muss stark bleiben;	Objektiv	Kategorie „Les Attentats de Paris"	9
La majorité sénatoriale réservée sur une reforme de la Constitution	21.11.2015 S. 8	Ankündigung Hollande Verfassungsänderung; Entzug der Staatsbürgerschaft; Sicherheitswiederherstellen, Konzept der Nation bewahren	Präsident allein gehandelt	Leichte Kritik am Etat d'urgence; mehr Kritik an Hollande	„Hollande a fait un coup politique pour nous mettre pieds du mur"	10
Oui à l'état	01.12.2015	Staat muss aus seiner	Ja zum Etat	Für		11

d'urgence, car il n'y a pas de liberté sans sécurité	S.20 (Signatur 180)	Erstarrung aufwachen; Irak Krieg hast etwas mit der jetzigen Situation zu tun ; Etat d'urgence kann die Sicherheit wiederherstellen	d'urgence!	Notstandsgesetzgebung; für Verfassungsänderung		
L'éxecutif propose de renforcer l'état d'urgence	19.11.2015 S. 9 (Signatur 936, 180)	Gesetzesentwurf 3 Monate, Modifikation des Gesetzes von 1955; Entzug der Personalausweises, Reisepass, Entzug doppelter Staatsbürgerschaft	Gesetzt ist Vorsichtsmaßnahme; Rechtsstaat soll garantiert bleiben; Sicherheit des Volkers vor Sicherheit des Einzelnen	Ja zum Gesetzt, ja zur Verfassungsänderung	„Car ce n'est pas le cas, nous prorogerons l'état en faisant voter une nouvelle loi"	12
François Hollande veut prouver sa dértermination	16.11.2015 S. 8-9 (Signatur 936)	Kampflustige Rede des Präsidenten; Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen, Etnzug der doppelten Staatsbürgerschaft; Marine Le Pen gg nationale Einheit	Aufruf zur „Unité Nationale"; Vorgehen gegen den Islamischen Staat verstärken; Politische Uneinigkeit	Informativ, Für Etat d'urgence, für Sicherheitsmaßnahmen und Kontrolle	Rubrik „Les attentats de Paris"	13
Le réveil français?	27.11. 2015 S.1 (Signatur 936)	Frankreich im Visier der Terroristen; Bewusst auf die Lebensart der Pariser abgesehen	Tot unschuldiger Franzosen; Vorgehen gegen den IS; Einschreiten in Syrien ; Für Etat d'urgence	Ja zum Etat d'urgence; Sicherheit vor Freiheit	„Flamme und Funke" muss überspringen Kriegsbegriffe	14
La guerre continue	19.11. 2015 S.1 (Signatur 936, 930)	Dank an alle Helfer des Etat d'urgence; Weiterhin Angst und Schrecken in Frankreich	Für Sicherheitsmaßnahmen, für Etat d'urgence! Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft	Ja zu Etat d'urgence, ja zum Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft (?) Gegen Regierungspolitik	„La guerre" bewusste Auswahl an Wörtern, um Angt zu schüren (sinistre individu, notre sol, etc." Leitartikel	17
Ce que les experts pensent du plan Hollande	18.11.2015 S. 6-7 (Signatur 936, 930)	Frage, wie kann Terrorismus verhindert werden? Handlung muss jetzt folgen! Kann nicht auf ein Gesetz	Vorbeugende Maßnahmen finden, aber jetzt handeln, im Rahmen des Notstandgesetzes	Ja zum Gesetz		18

		warten! Sonst gehen Beweise und Indizien verloren				
Sarkozy durcit le ton contre le chef de l'Etat	16.11.2015 S.10 (Signatur 936)	Anschuldigung Hollande; Mehr im Krieg gegen den IS engagieren; Zentren der Deradikalation gründen; Hollande sichert Sarkozy zu, seiner Vorschläge zu berücksichtigen Grenzen schließen, Sicherheitsmaßnahmen erhöhen, Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft	Gegen Hollande, Präsident als Unfähig dargestellt	Ja zum Gesetz Ja zum Entzug Gegen Hollande!	Kriegsbegriffe „guerre" „armes"	19
Impitoyable?	16.11.2015 S.1 (Signatur 936)	Stimmung gegen Taubira und gegen Hollande; Nein zu Merkel, gegen Immigration; Kann sich die Linke der Wahrheit stellen?	Gegen Politik von Hollande; Gegen Merkel; Lobt Ansichten der CSU ; Gegen Immigration und Hilfe für Flüchtlinge	Konservativ- rechts; Gegen Hollande, Ja zu Etat d'urgence! Ja zum Entzug	Leitartikel Auffällige Wörter „impitoyable" „anéantir"	20
Le combat continue	19.03.2016 S. 1 (Signatur 936)	Gefangennahme von Abdeslam Gute Zusammenarbeit der Polizei; Frage nach angemessener Strafen; marokkanischer Ursprung (Anspielung auf den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft)	Für den Entzug der doppelten Staatsbür. Bekämpfung des Terrorismus	Für den Entzug der doppelten Staatsbürger.; Für Etat d'urgence und verstärkte Sicherheitsmaßnahmen	„Sinistre individu, loup solitaires" „terroriste un jour, terroriste toujours" semantisches Wortfeld des Krieges	21
Le Français prêts à limiter leurs libertés pour plus de sécurité	18.11.2015 S. 1-3 (Signatur 930, 936)	Umfrage von Ifop, RTL; 84 % der Franzosen sind Bereit ihre Freiheit für die Sicherheit einzuschränken; 98% haben das Gefühl, die Gefahr ist gestiegen, 93% waren es damals bei Charlie	Bestärkung der Sicherheitsmaßnahmen, Ganz Frankreich fühlt sich von den Attentaten betroffen	Ja zum Etat d'urgence!	Umfrage Ifop	23

		Hebdo				
Avertissement: On ne peut se passer du renseignement humain	21.03.2016 S.1 (Signatur 930, 936)	Warten auf den Prozess eines Attentäters; Kondition seiner Gefangenschaft; Problemviertel Frankreichs müssen ins Visier genommen werden; Komplizen waren Migranten; Schenken Vertrag- noch aktuell? ; Hohe Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls der Straftäter	Ja zu Etat d'urgence Ja zum Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft Nein zu Hilfe für Flüchtlinge	Ja: Etat d'urgence Nein: Flüchtlingen	Stigmatisierung Stereotypen verstärkt Kriegsrhetorik Leitartikel	25

Tabelle 2: Debatte „Etat d'urgence" Le Monde

Überschrift	**Datum und Seite**	**Inhalt**	**Aussagen**	**Position**	**Auffälligkeiten**	**Nummer**
Vers une „révision" de la loi sur l'état d'urgence	17.11.2015 S. 6 (Signatur 180, 936)	Verlängerung des Etat d'urgence; Wird vom Senat akzeptiert; Erklärung des Gesetzes; Trotz zweifelhafter Grundlage werden vom Innenminister schon Verhaftungen angeordnet; Ausweisung von Imams; Auflösungen von Moscheen	Gesetzesentwurf wird vorbereitet- zu früh! Schnelle Ausweisung von Attentätern; Sofortige Ausweisung von Hasspredigern	Gegen das Gesetz, wenn es noch nicht tiefgründig untersucht wurde	Anschläge = Verbrechen gegen die Menschheit „prêcheurs de haine"	1
Etat de guerre: jusqu'où peut aller Hollande	17.11.2015 S.6 (Signatur 180, 936)	Reaktion Hollandes auf den Etat d'urgence; Maßnahmen und Reaktion auf die Attentate; Gnadenloses Vorgehen; Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft	Frankreich befindet sich im Krieg; Kriegsrede von Hollande; Nationale Einheit beschworen; Maßnahmen für die Sicherheit müssen getroffen	Kritik an der Reaktion; Emotionale Reaktion der Regierung; Gegen den Etat d'urgence und die Einführung in die Verfassung	„Impitoyable"	2

			werden			
Le virage sécuritaire de Hollande: un nouveau régime d'état de crise	18.11.2015 S.1+3 (Signatur 180, 930, 936, 350)	Rechtliche Grundlagen; Erklärung des Etat d'urgence; Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft	Frankreich befindet sich im Krieg; Auftakt eines patriotischen Aktes; Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft zweifelhast	Kritisch; gegen die Verfassungsreform	Schlüsselwörter: Sécurité, Terrorisme, Constitution	3
Etat d'urgence : le projet de loi voté en accéléré: „D'autre libertés peuvent être temporairement limités" a déclaré M. Valls, jeudi, à l'Assemblée nationale	20.11.2015 S.5. (Signatur 180, 935)	Projekt der Gesetzesabänderung; Zusammenarbeit von PS und LR-> Unterschiedliche Vorstellungen; Verhärtungen der Maßnahmen im Etat d'urgence? 1. Hausarrest 2. Elektronische Überwachung (Fußfessel) 3. Kontrolle der Medien	Urovas eig. Gegen Verhärtung bzw. Änderung der Rechte innerhalb des Etat d'urgence; Les Républicanes wollen härter Maßnahmen als die Linke; Überwachung und Verstärkung der Rechte der Polizei: mögliche negative Folgen	Gegen einer Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen; Gegen Etat d'urgence	„Dans un autre contexte, j'aurais été le premier à condamner une telle procédure" J.-J. Urovas	4
La modification de la Constitution va ralentir la riposte française	21.11.2015 S.16 (Signatur 180, 936)	Unterschied Etat d'urgence und Etat de siège; Begründung des Etat d'urgence; Frankreich ist im „Krieg"; gegen den Feind so schnell wie möglich vorgehen	Anwendung des Notstandsgesetzes gerechtfertigt; Vertrauen auf die Staatsmacht, dass sie die Sicherheit gewähren wird Kampf gegen den Terrorismus nicht mit dem Etat d'urgence möglich; Weiterentwicklung nötig um wirklich dagegen anzukämpfen Ohne die Konstitution zu ändern, kann man ein effizientes Gesetz hervorbringen (welches mit persönliche Freiheit, öffentlicher Sicherheit und nationalen Zusammenhalt	Für eine Gesetzesänderung, aber gegen einer Verfassungsreform!	„Sans réformer notre Cinstitution..[...].. assurer la cohésion nationale de tous le Français, quelles que soient leurs religions, en frappant et mettant hors d'état de nuire les terroristes et ceux qui les encouragent"	5

			vereinbar ist)			
L'Assemblée renforce l'état d'urgence	21.11.2015 S.6 (Signatur 180, 936)	Unterbindung der Debatten um schnellstmöglich zum Ergebnis zu kommen; Verlängerung mit parlamentarische Mehrheit angenommen; Sicherheit ist die wichtigste Freiheit, deswegen können andere Freiheiten temporär limitiert werden; Ausweitung der Befugnisse der Polizei, Elektronische Überwachungen, Dienstwaffe darf außerhalb des Dienstes getragen werden etc.	Linken und Sozialisten stehen dem Notstandgesetz und der Ausweitung der Befugnisse etc. kritisch gegenüber; Die Sicherheit steht an erster Stelle aller Freiheiten	Kritisch; Umschwung der Linken; Gegen Hollande; Gegen das Notstandsgesetz		6
Christiane Taubira joue les équilibristes : La garde des sceaux tente de contourner le discours martial de François Hollande	22.11.2016 Seite nicht bekannt (Signatur: 180, 936)	Rolle Taubira in dem aktuellen politischen Geschehen, Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft bringt Sie in eine schwierige Situation;	Gegen den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft; Untersteht und richtet sich nach der europäischen Verfassung-> nicht vereinbar mit Etat d'urgence	Gegen Verfassungsreform, Gegen Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft	„contourner" umschiffen	7
Ce qui contient la loi sur l'état d'urgence	24.11.2015 S.8 (Signatur 180)	Aufzählung, was der Etat d'urgence beinhaltet; Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Hausarrest, Hausdurchsuchungen, Auflösungen von Vereinen; Pressezensur?;nein aber dafür „Internetzensur"; Erschwerung der Strafen;	Notstand um die administrativen Fähigkeiten der Autoritäten zu bestärken und die öffentliche Freiheit zu begrenzen	Kritisch; Notstand gibt mehr administrative Macht; Gegen die Weiterführung des Etat d'urgence oder eine Einführung in die Verfassung ; Kritik an Hollande		8

		Hollande spaltet sich von der Linken ab				
Sortir de l'urgence	25.11.2015	Situation kann nur durch die momentane Aktualität der Attentate gerechtfertigt werden, Wut und Zorn der Franzosen; Linie und Verbindung zu Amerika und die Anschläge v. 11-9; Aus dem Notstand entschlüpfen; viele Freiheiten können nur kurzfristig limitiert sein; Vorbeugende Maßnahmen ergreifen, dass es eben nicht mehr zu solchen Fällen kommt	Beunruhigend, dass die Verfassung aufgrund des Etat d'urgence reformiert werden soll; „Institutionaliser l'urgence" Ursachenforschung, wieso Leute sich für die IS entscheiden	Kritisch, gegen Etat D'urgence, Lösungsweg suchen, Ursachenforschung	Leitartikel „La sortie de l'urgence est au prix de révisions douloureuses"	9
Les anti-état d'urgence s'organisent	27.11.2015 S.10 (Signatur 180)	Demonstrationen für Geflüchtete, COP21, für die Versammlungsfreiheit sollen unterbunden werden; Zeugen erzählen wie sie verhört wurden und wie „ungerecht" dies zugeht	Versammlungsfreiheit eingeschränkt: Problem für Demonstrationen; Gefahr für die staatliche und öffentliche Sicherheit	Kritische Betrachtungsweise der Einschränkung der Versammlungsfreiheit für die öffentliche Sicherheit: Wunder Punkt des Gesetzes bzw. des Notstandes Gegen das Notstandsgesetz		10
Les militants de la COP 21, cible de l'état d'urgence	28.11.2015 S. 8 (Signatur 180)	Hausdurchsuchungen und Hausarrest bei Mitgliedern der Extrem Linken und bei anderen Alternativen Vereinigungen Ungerechtfertigte Hausdurchsuchungen	Ungerechtfertigtes festhalten, Hausdurchsuchungen, keine Erklärungen der Polizei, einschreiten wie es vorher nicht möglich gewesen wäre	Sehr kritisch; Kritik an Hollande; Etat d'urgence wird zum Polizeistaat		11
	29.11.2015	Schwer Gegenstimmen zu	Kaum Debatten und	Kritisch;	Ennemie envisible	12

Libertés : pour les politiques, les débats doit attendre	S.19 (Signatur 180)	hören und wahrzunehmen; Verlängerung sollte schnell Geschehen um gegen die Gefahr vorzugehen; Kommentare von Linken und Grünen, dass dies in diesem Kontext die richtige Entscheidung war	Gegenstimmen gegen die Verlängerung zugelassen; Schnelle und emotionale Entscheidungen	Gegen das Gesetz; Keine richtige Debatte	Tranchée ..de tous bords Noel Mamère (gegner): „On ne touche pas aux libertés fondamentales dans l'émotion. La peur est mauvaise conseillère pour le législateur.“	
Il ne faut pas constitutionnaliser l'état d'urgence	02.12.2015 S. 15 (Signatur 180)	Verstoß gegen die Verfassung bzw. Unterbrechung; Alle Macht wird dem Präsidenten verliehen; Verlängerungen muss auch ein definitives Ende des Ausnahmezustandes haben; Kein Fortschritt für die Demokratie Ausnutzen der besonders zugeteilten Macht der Polizei und die mehrfache Verlängerung des Etat d'urgence mit dem Risiko, dass es permanent werden könnte	Etat d'urgence ist eine Bedrohung für die Freiheit und gefährdet die Effektivität der Verfassung Problem: auf der einen Seite ist die Verfassung etwas unantastbares der Nation, muss sowohl von den Bürgern als auch von der Regierung akzeptiert werden und mit dem Ausnahmezustand ist es das nicht mehr Etat d'urgence muss in der Domäne des Gesetzes bleiben, wie auch der Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft in der Domäne des Code Civil bleiben muss	Gegen die Konstitutionalisierung des Etat d'urgence		13
Oui, il faut réviser la Constitution : La révision de l 'article 36 est indispensable	08.12.2015 S.23 (Signatur 180)	In den aktuellen Krisensituationen muss der Staat und auch der juristische Rahmen angemessen handeln können; Beide Lösungen (Artikel 6	Neubearbeitung der Verfassung ist Unerlässlich/ Notwendig! Etat d'urgence noch das kleinste Übel im vergleich	Für eine Verfassungsreform und eine Reform des Artikels 36!	Werte der Republik wahren, für eine Reform unter demokratischen Umständen	14

		und 36) nicht geeignet; Demokratie muss Wege finden, um sich zu schützen und die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten ohne dabei die Freiheit zu gefährden	zu Artikel 6 und 36 Werte der Demokratie und von Frankreich bewahren, trotzdem Sicherheit der Franzosen an erster Stelle und ein schnelles juristisches Handeln ermöglichen			
L'état d'urgence sera soumis au Conseil constitutionnel	13.12.2015 S. 1+13 (Signatur 180)	Überprüfung durch die administrativen Richter, ob alle Verhaftungen und Hausarreste rechtens sind Regierung und Conseil d'Etat muss klare Richtlinien und Signale senden	Nicht alle Verhaftungen gerechtfertigt, Definition des Artikel 6 des Gesetz des Etat d'urgence ist nicht ausreichend definiert und zu weit gefasst Wenn der Staat Ausnahme-Maßnahmen anordnet, müssen diese auch überwacht werden	Kritisch; Überwachung der ausgeführten Maßnahmen; Gegen Polizeistaat; Für Demokratie Gegen Etat d'urgence		15
En Etat sans garde-fous, comme en rêve le FN…	15.12.2015 S. 25 (Signatur 180)	Terror-Gefahr bekämpfen, aber nicht durch eine Umstellung bzw. einem Umwurf der fundamentalen Freiheiten -> wird zu Ungunsten dieser Freiheiten verändert	Vorsicht vor der Macht, die eine andere Regierungsspitze mittels dieser Gesetzgebung ausüben könnte! Aufstieg der FN gefährlich Etat d'urgence bringt die Nation in Gefahr, weil es die Möglichkeit lässt die Rechte und Freiheit fundamental auszunutzen, einzugrenzen und Gesetze zu übergehen Voraussicht walten lassen!	Gegen Etat d'urgence; Zukunftsorientiert	Analyse Rubrik „Éclairages“	16

			Wer ist die nächste Regierung?			
Ne pas se résoudre à l'expection : état d'urgence	22.12.2015 S. 1+ 30 (Signatur 140, 180)	Schwerwiegende Entscheidung, dass gewissen Maßnahmen aus emotionaler Reaktion aufgenommen und beschlossen werden; Projekt der Neubearbeitung umfasst 2 Objekte: Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft und Dauerhafte Eintragung des Notstandsgesetzes in die Verfassung 1. gegen die Werte des republikanischen Staates 2. Etat d'urgence Ausrufung und Verlängerung an die momentane Umstände angepasst Außerordentliche Macht für Polizei und Exekutive ; keine Demokratie mehr	Etat d'urgence keine permanente Lösung Muss ein außergewöhnlicher Moment in der Verfassung verankert sein? Der Kampf gegen den Terrorismus ist von langer Dauer und nicht ein derzeitiger Ausnahmezustand Gesetz soll und darf nicht aufgenommen werden Schränkt die Freiheit in jeglicher Art und Weise während einer Gefahr ein Keine republikanischen Werte mehr	Gegen den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft und die Einführung eines dauerhaften Ausnahmezustandes Währung der republikanischen Werte Gegen den Aufstieg der FN und des rechten Flügels Gegen Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft	Leitartikel „Notre pays a beaucoup mieux à faire que de réviser la Constitution dans la précipation et d'inventer pour l'occassion un ètat d'exception permanent"	17
La séparation des pouvoirs mise à mal : L'état d'urgence est un régime administratif, à la main du gouvernement. Doté des pleins pouvoirs policiers	22.12.2015 S. 18 (Signatur 160, 180)	Macht ungleichmäßig verteilt; Wie kann in Zukunft gegen den Terrorismus vorgegangen werden?	Sicherheitsmaßnahmen sollen besser überprüft und überwacht werde	Gegen Etat d'urgence in dieser Form; Exekutive hat zuviel Macht		18

L'impossible sortie de l'état d'urgence : L'échéance est fixée au 26. Février	02.01.2016 S. 19 (Signatur 180)	Unmöglicher Austritt aus dem jetzigen Etat d'urgence: Hausarreste und Verhaftungen würden sich auflösen Ab dem 3. Februar beginnen die Verhandlungen um die Neuauflage der Konstitution Rechte Stimmen wollen die Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und elektronische Überwachungen in einer dauerhafte Situation bringen	Etat d'urgence kann nur beendet werden, wenn die terroristische Gefahr gebannt ist: Diese kann aber nicht gebannt werden!! Das Risiko besteht darin, dass das Gesetz sagt, aus dem Ausnahmezustand wird die Regel Rechte Forderungen sind unakzeptabel	Mitte links; gegen Etat d'urgence Und gegen die Verfassungsreform		19
Après trois mois d'état d'urgence, un bilan conteste et mitigé	26.02.2016 S. 9 (Signatur 180)	274 Hausarreste Bilanz wird gezogen Oft wird auch nix gefunden; Leere Recherchen	Bringen die Maßnahmen wirklich soviel?	Kritisch		20

Tabelle 3- Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft : Le Figaro

Überschrift	**Datum und Seite**	**Inhalte**	**Aussagen**	**Position**	**Auffälligkeiten**	**Nummer**
Taubira, un malaise perceptible: La garde des Sceaux a pris des distances avec la déchéance de nationalité,	19.11.2015 S. 10 (Signatur 930, 936)	Fehler von der Verteidungsministerin Taubira; Spalt zwischen Taubira und der Exekutive; Möchte den Term „Déchéance de la nationalité" nicht verwenden;	Taubira gegen den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft; Geht nicht Hand in Hand mit Hollande und Valls; Verteidigungsministerin ist dazu da, die Freiheiten zu sichern und auf das nationale und internationale Recht zu	Tendenziell gegen den Entzug	Rubrik : „Les Attentats de Paris" „Ma responsabilité, c'est de préserver les libertés."	1

proposé par Hollande		Keine Antwort in Interviews auf die Fragen danach;	achten			
La déchéance de nationalité passe très mal à gauche	03.12.2015 S. 6 (Signatur 575, 930)	Die Linke schwankt: die meisten Abgeordneten stehen dem Vorschlag des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft sehr kritisch gegenüber; „Kinder der Republik“ trotz Attentate; Egal ob mit oder Staatsbürgerschaft- es hält sie nicht auf einen terroristischen Akt zu begehen; Problem für die Rechtsprechung, wenn ein Franzose keine doppelte Staatsbürgerschaft hat; Null Effektivität ; Würde alle Binationalen in Frankreich angreifbar machen; man kann den schwierigen Vierteln nicht sagen „benehmt euch, sonst seid ihr raus!“- sie machen gar keine Probleme!	Es würden 2 Kategorien von Franzosen entstehen Kriegerische Position der Exekutiven Bruch mit dem Bodenrecht/Geburtsortprinzip! Politische Nachricht! Nicht nur juristische : die rechten Parteien wollten dies immer-> Absurdität, dass die Linke es jetzt einführen will Sprengt den Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus	Gegen den Entzug	Engrenage: Räderwerk Faille: Spalt, Bruch Spirale infernale	2
La déchéance de nationalité provoque un débat houleux au sein de la gauche: de nombreuses voix au Parti socialiste se font entendre pour critiquer le projet gouvernemental	04.12.2015 S.2-3 (Signatur 575, 930)	Kritik der Linken an dem Projekt ; Zu erst akzeptiert, mit der Präsentation des Projektes am 23/12 werden Gegenstimmen laut ; Verschiedene Behandlungsweisen von Franzosen: Franzosen 2. Klasse;	Terroristen werden durch diese Maßnahmen nicht aufhören, die Sicherheit der Bevölkerung zu bedrohen Debatte berührt die Prinzipien der Republik: droit du sol!; berührt die Nation	Konservativ; Kritische Betrachtungsweise der Sozialisten Aussprüche das die Linken eh nur diskutieren können; niemals hatte die Rechte an diesen Werten gerüttelt oder sich dafür stark gemacht (nur FN)	„L’événement“ „ qui leur permettra de ne pas endosser la responsabilité de s’y opposer, à contre-courant de l’opinion publique“ Un débat „houleux“-	3

qui doit être présenté le 23. Décembre		Niemals hatte die Rechte so etwas in Betracht gezogen, nicht unter Sarkozy, nicht unter Pasqua. Nur die FN hatte solche Vorschläge gemacht; Sozialistischen Werte: Verteidigung der öffentlichen Freiheit und der Kampf um die Gleichheit: Grundwerte; Sozialisten warten auf die Entscheidung des Conseil d'Etat bevor sie sich klar positionieren um sich nicht dafür geradezustehen, dass sie gegen die öffentliche Meinung steht Noch nie dagewesene Situation dass sich die Mehrheit der Sozialisten gegen Sicherheitsmaßnahmen stellt im Zuge des Etat d'urgence		Linke als Schwach und abhängig dargestellt	stürmisch	
Un casse-tête chaque jour un peu plus enextricable	07.01.2016 S.7 (Signatur 575, 930)	Debatte zieht sich lange hin und fährt sich fest Am 16 November in Versailles angesprochen ; Überraschungseffekt: die Rechte applaudierte ihm, die Linke unterstütze ihn Die Frage ist: wie kann man sein Gesicht wahren, wie am Besten aus der Situation herauskommen: die Linke	Hollande wollte einen geschlossene Einheit in der Politik: beide Seite vereinen Fast alle Sozialisten gegen den Entzug der dop. Staatsbürgerschaft, aber keiner möchte Hollande attackieren oder schwächen Die Rechte ebenfalls in misslicher Lage: alle dafür, aber keine möchte den	Kritisch; gegen Hollande und seine Politik des „Gefallen- wollens"	S'enliser- sich festfahren (für Autos verwendet) Champs de mine – Minenfeld Dialogue de sourds „Contre-points"	4

		zwischen Groll und Wut Paradoxe Debatte Wenn 9 von 10 Franzosen dafür sind, dann erhoffen sie sich eine Impact für ihre eigene Sicherheit Politiker mischen sich ein, ohne alle Facetten zu betrachten: führt zu großem Chaos Rechte weiß nicht, ob sie sich freuen soll eine ideologisches Ziel erreicht zu haben, oder on man sich vor dem Erfolg Hollandes fürchten sollte	Präsident stärken Symbolischer Wert des Vorschlages Warum ablehnen, wenn es nur symbolisch ist? Warum in die Verfassung einführen, wenn es nur symbolisch ist? Entzug der Staatsbürgerschaft für alle? (Vorschlag PS) damit es keine 2 Kategorien von Franzosen gibt ; würde Bürger und staatenlose kreieren			
Déchéance, radicalisation: les impératifs de Valls	21.03.2016 S.4 (Signatur 930)	Molenbeek: Brüssels Problemviertel: Verhaftet Peron war Beispiel für eine Fall für den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft Andauern des Kampfes gegen den Terrorismus Wird der Fall Abdeslam eine Änderung der Position des Senates bewirken? Bestehen eines Viertels wie Molenbeek- was kann man dagegen tuen? Domiert von dem islamischen	Gegen Problemviertel wie Molenbeek: hier werden Terroristen „gezüchtet“ Die Linke ist ins wackeln geraten, ob sie den Präsident unterstützt oder nicht Valls hat keine Antwort, Exekutive hofft auf offene Türen durch den aktuellen Fall Das eigentliche Problem: Aufsteigen und Ausweitung des Islamismus	Gegen die Einführrung des Entzugs der doppelten Staatsbürgerschaft Vorsicht vor „Islamisierung der Welt“	„contre-pointe“ „Le chemin de la révision constitutionnelle passe-t-il par Molenbeek? Problemviertel Molenbeek in Brüssel La montée du islamisme	5

		Kommunitarismus Mehr als der Entzug der Nationalität, sollte das Aufsteigen des Islamismus Thema sein				

Tabelle 4: Debatte „Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft“ Le Monde

Überschrift	**Datum und Seitenzahl**	**Inhalte**	**Aussagen**	**Position**	**Auffälligkeiten**	**Nummer**
Revirement politique sur la déchéance de nationalité	18.11.2015 S.4 (Signatur 575, 930, 936)	180 Grad Wendung von François Hollande: Vorschlag des Entzuges der doppelten Staatsbürgerschaft Vorschlag von den Rechten gemacht, von den Republicaines im Januar vorgeschlagen und nun von Hollande aufgegriffen Verbot der Rückkehr von Franzosen oder Binationalen auf französisches Staatsgebiet gegen die europäische Menschenrechtsverfassung Motiv: Terroristischer Akt Kampf gegen den radikalen Islam, Verhärtung der Strafen	Gradwende in der Politik von Hollande Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft soll möglich gemacht werden; jedoch gegenläufig zu europäischen Menschenrechtsverfassung Hat eine Stigmatisierung der Franzosen zur Folge; keine Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus Vorbild England: Einreise soll verfolgt werden sowie die Taten nach der Einreise: Überblick über die Taten der Personen, etc. : höhere Sicherheit	Für Politik Hollande; Kritisch ; Gegen den Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft	„la déchéance de la nationalité ne doit pas avoir en résultat de rendre quelqu’un apatride“ Hollande La lutte contre le terrorisme	1

Déchéance de nationalité : Attention, danger	03.12.2015 S.29 (Signatur 930)	Hollande betonte, dass es keine Staatenlose geben darf Doch trotzdem soll ein Entzug möglich sein auch wenn er franz. Geboren ist Maßnahmen sind uneffektiv Löste einen Trubel der Linken aus Hollande erklärte dies für die nationale Einheit 2 Franzosentypen „français de souche“ und die anderen, die nur Franzosen sind wenn sie sich korrekt verhalten Code civil sieht die Möglichkeit des Entzuges der frz. Staatsbürgerschaft vor , Ausländer, die die frz. Staatsbürgerschaft errungen haben zu entziehen: Hollande möchte weitergehen! 3,5 Millionen Franzosen sind betroffen. Heute noch Franzosen und morgen Fremde im eigenen Land	Eine nicht verhandelbare Maßnahme! Nicht aus Prinzip, nicht aus dem Bewusstsein andere Möglichkeiten heraus und aus Effizitätsgründen Ein Selbstmordattentäter wird sich mit oder ohne dieser Drohung in die Luft sprengen Gegen das republikanische Prinzip Symbolische Wirkung ist stark! Gegen die Intergration der muslimischen Einwanderer und allgemein aller Einwanderer 3,5 Millionen Franzosen sind betroffen. Heute noch Franzosen und morgen Fremde im eigenen Land	Gegen den Entzug der dop.	Leitartikel	2
Déchéance de la nationalité :	04.12.2015 S. 10	Wie sehr kann man die nationale Einheit ausweiten?	„Gesetz sollte nicht während der Notstandsgesetze geändert	Gegen den Entzug der doppelten	Une épée de Damoclès	3

l'idée qui passe mal	(Signatur 575, 930)	Hollande und seine Sicherheitspolitik Alter Idee der Front national Sozialisten fühlen sich nicht wohl in ihrer Haut & unter diesen Umständen In 2014 wurde dieser Vorschlag schon einmal hervorgebracht und die gesamte Linke hat es abgewählt Das erste Mal seit Vichy, das so etwas eingeführt wird	werden" Glaubwürdigkeit der Linken sinkt Bruch mit der Gleichheit! Ein Franzose mit der arabischen- islamischen Kultur wird den Eindruck haben, dass man ihn genau inspiziert Bruch mit dem droit du sol Franzosen 2. Klasse werden geschaffen Dieser Entzug wäre unnutz und skandalös!	Staatsbürgerschaft	„Ce serait la permière fois depuis Vichy qu'on fait cela" „Jusqu'où est-il possible d'étendre l'unité nationale?	
Taubira assume le virage sécuritaire	08.01.2016 S. 7 (Signatur 230, 930)	Kein Hand in Hand gehen von Taubria und Valls Rückhalt der Regierung Rücktritt? Zielscheibe der Rechten und der Front national Stellung von Taubira wurde öfter in Frage gestellt; wurde öfter angegriffen, ist trotzdem einer der Minister, die am längsten in dieser Position waren Taubira wird in den nächsten	Taubira bleibt Loyal gegenüber der Regierungspolitik Gemeinsam gegen den Terrorismus stark „nous sommes main dans la main contre le terrorisme" Valls und Hollande von ihr abhänig für die Reform der Konstitution vor der Nationalversammlung Kampf gegen den Terrorismus und für die Sicherheit	Parteiergreifend für Taubira Gegen den Entzug, für den Erhalt von Taubira in der Regierung	„ cela pose un problème de fond sur un principe fondamental qui est le drot du sol, auquel je suis profondément attachée, et qui est dans l'histoire de la construction de la communauté française sur une base civique, un pilier fondamental" Taubira Couleuvre à avaler- etw. schwer verdauen,	4

		6 Monaten wichtige Projekte stemmen Text von Valls und Sapin vorbereitet, der Strafverfahren beschleunigen soll und die Rechte des Gerichtes und Vorermittlungen erleichtern soll Regierung hat einen Serie von Maßnahmen eingeführt, für den Kampf Anti-Terroriste,die die Macht der Polizei verstärkt Anderes Projekt: la réforme de la justice de mineurs“	Frankreichs lastet auf ihren Schultern Regierung hat einen Serie von Maßnahmen eingeführt, für den Kampf Anti- Terroriste, Maßnahmen der Regierung: Verstärkung der Polizeigewalt		coleuvre “ringelnatter“ Propulser – antreiben (techn.) Ressouder-nachschweißen, nachlöten (techn.)	

Anhang : Feinanalyse Artikel: *Le Figaro*- „La guerre continue“
19. November 2015
Autor: Yves Thréard

La guerre continue

Combien de groupes islamistes se cachent dans nos villes?

Servir sans faillir. Les hommes du Raid, auxquels il faut associer ceux de l'Antigang (BRI), ont été fidèles à leur devise. Après l'assaut de Saint-Denis, ils ne peuvent qu'inspirer gratitude et admiration, comme l'a dit le président de la République. Il convient aussi de saluer le travail de tous les services de renseignements et de police. Cinq jours seulement après les attaques contre Paris et le Stade de France, ils ont découvert une nouvelle cellule djihadiste qui préparait sans aucun doute un attentat.

On ne peut être rassuré pour autant. Une bataille a été gagnée, pas la guerre, qui continue. Combien d'autres groupes islamistes, dits « dormants », se cachent aujourd'hui dans nos villes ? Á chacune de leurs lâches offensives, ils dévoilent un peu plus ce qu'ils sont capables d'imaginer pour semer la mort. Dans une rue ou une école, un train ou une église, un stade ou une salle de spectacle. Leur entreprise de destruction est sans limites ni frontières. Très loin du cliché du loup solitaire, les kamikazes forment une armée, En France et en Europe, qui avance dans l'ombre et assassine en gang. Celle-ci recrute dans la délinquance des cités, constitue des réseaux, s'appui sur des complicités, actives et passives, sur notre sol, dispose d'armes redoutable, utilise les moyens de communication les plus modernes. Comment l'arrêter, éradiquer cette internationale de l'islamisme, ici tout autant qu'au Moyen-Orient ?

On ignore encore si Abdelhamid Abaaoud. Le cerveau présumé des attaques de vendredi, figure parmi les terroristes tués dans l'appartement conspiratif de Saint-Denis. Néanmoins, comment la localisation de ce sinistre individu, fiché, condamné et traqué, a- t-elle pu échapper aux services de plusieurs pays européens depuis des mois ? Comment ses affidés, dont les pedigrees leur étaient aussi bien connus, ont-ils pu circuler et voyager à leur guise ? Deux d'entre eux ont été interrogés par la police belge récemment. « *Ils ne montraient pas de signe d'une possible menace* », nous dit-on aujourd'hui. C'est cela précisément que l'on ne veut plus entendre.

Anhang : Feinanalyse Artikel: *Le Monde*- „ Sortir de l'urgence"
25. November 2015
Autor: Jérôme Fenoglio

Sortir de l'urgence

Depuis la tragique soirée du vendredi 13 novembre, et pour des mois, la France vit dans un état d'urgence voté par la quasi- totalité de ses députés et soutenu par une écrasante majorité des ses citoyens. Cette situation d'exception peut être momentanément justifiée par le danger imminent de nouvelles attaques. Cette unanimité traduit le mélange d'effroi et de colère ressenti par des Français aussi choqué, au sortir de 2015 ouverte par les tueries de janvier, que le furent les Américains au lentement du 11-Septembre.

Entre les deux pays, entre les deux époques, les similitudes sont nombreuses et certains risques communs. Soutenu par le monde occidental, Georg W. Bush s'état à juste titre attaqué au sanctuaire terroriste de l'Afghanistan et des talibans. Mails il s'était ensuite fourvoyé sur un chemin pavé d'erreurs et de mensonges, de guerres, de recours à la torture, de reniements de l'Etat de droit et de renoncements à certaines libertés.

Ces fautes, notamment en Irak, conduisirent à une série de désastres, expliquant en grande partie la situation donc nous héritons. La France peut éviter de tels errements. A une condition, qui n'a plus été remplie depuis de lustres : échapper à l'urgence, sortir de la réaction dictée par les circonstances pour reconstruire, tant à l'intérieur que à l'extérieure du pays, une stratégie de prévention des risques et donc de recherche et de traitement des causes profondes de ce conflit.

De ce point de vue, le tournant sécuritaire engagé par le président de la République n'est pas des plus rassurants, du moins dans la durée. Certaines restriction de libertés ne peuvent pas être tolérées que sur une très brève période de temps. Les perquisitions administratives, en particulier, ne doivent pas devenir un moyen de s'affranchir de la procédure pénale. Mais le plus inquiétant, réside dans la volonté présidentielle de réviser la Constitution pour y inscrire le principe de l'état d'urgence. Cela reviendrait à institutionnaliser l'urgence au lieu de mettre en place les moyen d'y échapper, au lieu de limiter au maximum ces périodes de réaction au plus grand danger.

Pour faire face au péril actuel, et se préparer aux suivants, bien plus pertinent pourrait être un examen

complet de brèches qui ont laissé passes des djihadistes dûment répertoriés, qui ont empêché les services de renseignement de prévenir des attaques pourtant jugées inéluctables. Manquent-ils encore de moyens ? Sont-ils mal organisés ? Ont- ils, à tort, délaisse le renseignement humain pour se noyer dans les données de la surveillance généralisée ?

Pour obtenir de réponse de reconstituer des capacités de prévention, les députés, qui ont voté la loi renseignement, devraient se saisir de ce dossier en formant une commission d'enquête. Comme l'avaient fait, après le 11-Septembre, leurs homologues américaines. Et parce que, dans une situation d'état d'urgence, le contre-pouvoir parlementaire est plus indispensable que jamais.

Refuser l'urgence comme seule réponse c'est aussi examiner en profondeur les racines d « djihadisme français », ou comment des centaines jeunes hommes et femmes ont choisi, délibrément, de rejoindre les rangs de l'Etat islamiques. Dans ces colonnes, Oliver Roy parle de « *révolte générationnelle et nihiliste* » pour décrire l'engagement de ces jeunes radicalisés et considère qu'il s'agit, non pas de « *la radicalisation de l'islam mais de l'islamisation de la radicalité* ». La France fournit plus du tiers des djihadistes européens en Syrie. Quel que soit leur impact, les bombardements sur l'EI ne constituent donc qu'une partie de la réponse.

Sur le théâtre extérieur, la stratégie de Hollande chef de guerre a , elle aussi, été contaminée par l'urgence. Les attentats du 13 novembre ont fait sauter tous les principes établis depuis trois ans : Le « ni *Assad* ni *EL* » comme la défiance à l'égard de la Russie. Comme s'il avait fallu attendre les tueries de Paris pour réévaluer uns tactique invalidée par les faits depuis longtemps. La France participe, à raison, à la coalition contre l'Etat islamique. Mais les frappes ne suffiront pas pour briser l'EI. Une intervention occidentale au sol n'est pas non plus souhaitable. Il faudra bien que des forces locales se déploient et pour cela clarifier nos relations avec les acteurs régionaux.

Au Proche- Orient, pour construire une vrai stratégie de long terme, la France devra reconsidérer ses alliances, devenues illisibles. Et se poser la question de sa relation privilégiée avec l'Arabie saoudite, si riche et si proche, par son fondamentalisme religieux, des mouvements les plus radicaux de l'islam sunnite. La sortie de l'urgence est au prix de révisions douloureuses.